

September 2015

Bankenbarometer 2015

Die konjunkturelle Entwicklung der Banken in der Schweiz

Bankenbarometer 2015

Inhalt

Executive Summary	3
<hr/>	
1 Der Schweizer Bankensektor	5
1.1 Entwicklungen im Jahr 2014	7
1.2 Entwicklungen im Jahr 2015	9
<hr/>	
2 Geschäftserfolg der Banken	11
2.1 Entwicklungen im Jahr 2014	11
2.2 Entwicklungen im Jahr 2015	14
<hr/>	
3 Bilanzgeschäft	15
3.1 Entwicklungen im Jahr 2014	16
3.1.1 Entwicklung der Bilanzen	16
3.1.2 Entwicklung des inländischen Kreditgeschäfts	19
3.2 Entwicklungen im Jahr 2015	21
<hr/>	
4 Vermögensverwaltung	22
4.1 Entwicklungen im Jahr 2014	23
4.2 Entwicklungen im Jahr 2015	26
<hr/>	
5 Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz	26
5.1 Entwicklungen im Jahr 2014	27
5.2 Entwicklungen im Jahr 2015	28
<hr/>	
6 Spezialthema: Kapitalmarkt	31
6.1 Kapitalmarkt Schweiz: Fakten und Zahlen	31
6.2 Nötige Rahmenbedingungen zur Förderung des Kapitalmarktgeschäfts	33
6.3 Kapitalmarkt Europa	36
<hr/>	
7 Literaturverzeichnis	39
<hr/>	

Executive Summary

Die Banken in der Schweiz sind ein bedeutender Sektor. Mit rund 6 Prozent trägt der Bankensektor einen wichtigen Anteil zur Gesamtwertschöpfung der Schweizer Volkswirtschaft bei.

Im Jahr 2014 reduzierte sich die Anzahl Banken von 283 auf 275. Gründe für diesen Rückgang waren fünf Entlassungen aus dem Bankenstatus, zwei Liquidationen, zwei Übernahmen durch andere Banken sowie eine Neuaufnahme. Von den Weglassungen waren insbesondere die ausländisch beherrschten Banken und die Börsenbanken betroffen. Zusätzlich fand im Jahr 2014 eine Umteilung von vier Bankinstituten in eine andere Bankengruppe statt. Nach Änderung ihrer Rechtsform werden diese neu der Bankengruppe «Übrige Banken» anstelle der «Privatbankiers» zugeordnet.

Der Strukturwandel im Bankensektor setzte sich im Jahr 2014 fort. Weiter sinkende Zinsmargen und die aufkommende Digitalisierung der Finanzbranche werden in den kommenden Jahren die strukturelle Neuordnung im Bankensektor vorantreiben. Die hohe Regulierungsdichte und damit einhergehenden Compliance-Kosten lassen insbesondere die Auslandsbanken ihre Geschäftstätigkeit in der Schweiz überdenken.

Im Bereich Steuern trat im Juni 2014 das zum Staatsvertrag zur Umsetzung des Foreign Account Tax Compliance Acts (FATCA) zugehörige Schweizer Gesetz in Kraft. Zudem konnten im vergangenen Jahr Fortschritte im Programm zur Beilegung des Steuerstreits zwischen den USA und den Schweizer Banken (US Programm) gemacht werden. Beim automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA) hat die Schweiz im ersten Halbjahr 2015 erste Abkommen abschliessen können. Weitere Abkommen werden gegenwärtig verhandelt.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat am 15. Januar 2015 den Wechselkurs von CHF 1,20 pro Euro aufgehoben. Gleichzeitig führte sie Negativzinsen von -0,75 Prozent ein, welche Banken auf Sichtguthaben bei der SNB, die einen festgesetzten Freibetrag übersteigen, entrichten müssen. Die Banken sind unterschiedlich betroffen von dieser Massnahme. Bis zum jetzigen Zeitpunkt haben Banken ihren

Individualkunden diese Negativzinsen nicht überbürdet. Jedoch haben einige Banken im ersten Halbjahr 2015 ihre langfristigen Hypothekarzinsen erhöht.

Die Banken in der Schweiz steigerten ihren Geschäftserfolg im Jahr 2014 um 1,2 Prozent auf CHF 61,5 Mrd. Der aggregierte Geschäftserfolg setzt sich aus den Erfolgen aus Zinsgeschäft, Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft, Handelsgeschäft sowie dem übrigen ordentlichen Erfolg zusammen. Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft konnte 2014 trotz anhaltend tiefem Zinsniveau weiter gesteigert werden und hat nach dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft den zweitgrössten Anteil am Gesamterfolg. Der Bruttogewinn der Banken nahm gegenüber dem Vorjahr um 7,7 Prozent zu. Die Ertrags- und Gewinnsteuern haben sich von CHF 1,9 Mrd. auf CHF 2,6 Mrd. erhöht.

Die Wertschriftenumsätze an der Schweizer Börse haben im Vergleich zum ersten Halbjahr 2014 um stattliche 30,9 Prozent zugenommen. Dieser Anstieg hat sich positiv auf den Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft ausgewirkt. Ein Verlassen des Negativzinsumfeldes ist kurzfristig nicht zu erwarten, sodass das Zinsdifferenzgeschäft der Banken weiter unter Druck stehen wird. Auf der Kostenseite werden sich die Auswirkungen der verschärften Regulierungen niederschlagen.

Die Bilanzsumme der Banken in der Schweiz ist im Jahr 2014 um 6,8 Prozent auf CHF 3'041,7 Mrd. angestiegen. Der Anstieg ist mehrheitlich auf den Ausbau der Auslandpositionen von Grossbanken zurückzuführen, deren Bilanzsumme insgesamt um CHF 138 Mrd. zugenommen hat. Die vor allem in-landorientierten Kantonalbanken, Regionalbanken und Sparkassen sowie Raiffeisenbanken konnten im Jahr 2014 ebenfalls eine Zunahme der Bilanzsumme verzeichnen. Den stärksten Rückgang der Bilanzsumme verbuchten die Privatbankiers. Deren Bilanzsumme sank aufgrund der Umteilung von vier Finanzinstituten zu den «Übrigen Banken» um 88,7 Prozent auf CHF 7,4 Mrd.

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2015 hat die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz

um 3,3 Prozent auf CHF 3'233,4 Mrd. zugenommen. Der wichtigste Aktivposten, die Hypothekarforderungen, sowie die flüssigen Mittel setzten den Vorjahrestrend in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres fort und erhöhten sich. Des Weiteren sind Forderungen gegenüber Banken im Gegensatz zum Jahr 2014 im ersten Quartal 2015 stark angestiegen.

Das Kreditgeschäft der Banken ist ein wichtiges Standbein für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz. Die Kreditvergabe an Unternehmen und Private in der Schweiz ist intakt. Das insgesamt ausstehende inländische Kreditvolumen ist im Jahr 2014 moderat auf CHF 1'072,5 Mrd. gewachsen. Davon stammten CHF 171,6 Mrd. aus gedeckten und ungedeckten Forderungen und CHF 900,9 Mrd. aus inländischen Hypothekarforderungen. Die inländischen Hypothekarkredite sind im Jahr 2014 um 3,6 Prozent und somit weniger schnell als ein Jahr zuvor (+4,2 %) gewachsen. Die Senkung des SNB-Zielbands schmälert die Zinsmarge der Banken und dämpft zusammen mit den verschärften Regulierungen im Hypothekarbereich das Hypothekarkreditwachstum.

2014 verwalteten die Banken in der Schweiz Vermögen in der Höhe von CHF 6'656 Mrd. Dies entspricht einer Zunahme von CHF 518 Mrd. gegenüber dem Vorjahr. Das Wachstum basiert auf einer Zunahme der Wertschriftenbestände, der Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform und einer leichten Zunahme der Termineinlagen. Die Treuhänder, welche vor allem am Geldmarkt angelegt werden, nahmen wie schon in den Jahren zuvor ab. Die Banken profitierten von Zuflüssen aus den Schwellenländern und Transitionsländern Europas,

was den Rückgang aufgrund von Steuerregularisierungen der verwalteten Vermögen aus Westeuropa überkompensierte.

Die Entwicklung der Arbeitsplätze war auch im letzten Jahr von der anhaltenden Konsolidierung sowie von Kostensenkungs- und Effizienzsteigerungsmassnahmen geprägt. Der inländische Personalbestand (in Vollzeitäquivalenten) nahm im Jahr 2014 um 1'682 Stellen auf 104'053 ab (-1,6 %). Am stärksten reduzierten die Grossbanken (-1'237 oder -3,3 %) ihren Personalbestand. Diese Reduktion reflektiert die erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, welche entsprechende Anpassungen erforderlich machten. Die Auslandsbanken (-247 oder -1,3 %) verringerten ihren Personalbestand ebenfalls deutlich, was auf den Rückzug einzelner Institute dieser Bankengruppe aus der Schweiz zurückzuführen ist.

Die jährlich durchgeführte Umfrage der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) zur Personalentwicklung zeigt für das erste Halbjahr 2015 einen leichten Rückgang der Beschäftigung in der Schweiz (-236 oder -0,3 %). Für das zweite Halbjahr 2015 weist die Umfrage auf einen gleichbleibenden Personalbestand hin. Diese Einschätzung teilen 69,8 Prozent der Umfrageteilnehmer. 19,1 Prozent erwarten eine Zunahme und 11,1 Prozent eine Abnahme ihres Personals. Ausser im institutionellen Asset Management, wo eine leichte Stellenerhöhung erwartet wird, wird für die übrigen Geschäftsbereiche von einer konstanten Beschäftigung ausgegangen. Die Arbeitslosenrate 2014 im Bankensektor (2,5 %) war im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft (3,2 %) tief.

1 Der Schweizer Bankensektor

Der Schweizer Bankensektor trägt wesentlich zum Erfolg des Schweizer Finanzplatzes bei. Die Schweiz gehört zu den global führenden Finanzplätzen und zählt auch im Jahr 2014 zu den wettbewerbsfähigsten Finanzzentren weltweit. Mit Zürich und Genf rangieren zwei Schweizer Städte auf den Plätzen 6 und 13 im Global Financial Centres Index 2015.¹ Der Schweizer Bankensektor bietet eine Vielfalt an Bankinstituten mit unterschiedlichen Geschäftsmodellen und eine breite Palette an Dienstleistungen.

Wettbewerbsfähiger Bankensektor ...

Der Schweizer Bankensektor erbringt in einem herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld mit rund 6 Prozent einen bedeutenden Teil der Wertschöpfung in der Schweiz.² Damit trägt er wesentlich zum Wohlstand der gesamten Schweizer Bevölkerung bei. Der Schweizer Bankensektor befindet sich jedoch im Wandel. Fortlaufend neue Regulierungen treiben die Kosten und führen zu sinkenden Margen. Die fortschreitende Digitalisierung beschleunigt den Strukturwandel in der Branche – mit entsprechenden Chancen und Risiken.

... mit grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung

Per Ende 2014 waren in der Schweiz 275 Banken tätig. Im Vorjahr waren es noch 283. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) unterteilt die Banken anhand ihrer Merkmale und Tätigkeit in sieben Bankengruppen: Kantonalbanken, Grossbanken, Regionalbanken und Sparkassen, Raiffeisenbanken, Auslandbanken, Privatbankiers und «Übrige Banken» (darunter Börsen- oder Kleinkreditbanken).

Sieben Bankengruppen in der Schweiz

In der Schweiz sind 24 Kantonalbanken tätig, wovon 21 über eine uneingeschränkte Staatsgarantie verfügen. Bei diesen haftet der jeweilige Kanton für alle Verbindlichkeiten seiner Bank. Die Kantonalbanken sind hauptsächlich im jeweiligen Kanton aktiv. Vereinzelt unterhalten sie auch ausserkantonale Filialen oder sind auf digitalen Kanälen ausserkantonal tätig. Die grösste Schweizer Kantonalbank, die Zürcher Kantonalbank (ZKB), gilt seit dem 1. November 2013 als systemrelevantes Finanzinstitut. Sie muss somit gemäss den Too-big-to-fail-Anforderungen (Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen, BankG) strengere Eigenkapital- und Liquiditätsbestimmungen als die übrigen Kantonalbanken erfüllen.

Kantonalbanken

Die beiden systemrelevanten Schweizer Grossbanken, die UBS AG und die Credit Suisse AG, sind global tätige Universalbanken mit allen Sparten des Bankgeschäfts. Sie vereinen 48,0 Prozent (2014) der aggregierten Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz auf sich. Im Rahmen der Too-big-to-fail-Regulierung arbeiten die Grossbanken daran, sich rechtlich zu reorganisieren und durch neue Konzernstrukturen den Grad ihrer Systemrelevanz zu reduzieren. Im Juni 2015 hat die UBS die Gründung der UBS Switzerland AG, einer hundertprozentigen Tochter der UBS AG mit eigener Banklizenz, bekannt gegeben. Die Credit Suisse arbeitet an der Implementierung der entsprechenden Rechtsform.

Grossbanken

Die Regionalbanken und Sparkassen konzentrieren sich vorwiegend auf das klassische Spar- und Hypothekengeschäft. Im Gegensatz zu den Kantonalbanken ist ihr geografisches Tätigkeitsgebiet kleiner. In der Schweiz gab es per Ende 2014 63 Regionalbanken und Sparkassen und somit eine weniger als im Jahr zuvor.

Regionalbanken und Sparkassen

¹ Z/Yen Group Limited (2015).
² BAKBASEL (2014).

Die Raiffeisengruppe ist ein Zusammenschluss genossenschaftlich organisierter Raiffeisenbanken, die in der ganzen Schweiz vertreten sind. | [Raiffeisenbanken](#)
Das Geschäftsfeld umfasst das klassische Zinsgeschäft mit Hypothekar- und Kreditgeschäften sowie Kundengeldern in Spar- und Anlageform. Ihr Bankstellennetz umfasste per Ende 2014 insgesamt 312 eigenständige Raiffeisenbanken mit 1'004 Geschäftsstellen. Die Gruppe der Raiffeisenbanken ist die drittgrösste Bankengruppe in der Schweiz. Im Juni 2014 hat die SNB Raiffeisen als systemrelevante Finanzgruppe eingestuft. Wie für die beiden Schweizer Grossbanken und die ZKB gelten daher auch für Raiffeisen erhöhte Eigenkapital- und Liquiditätsbestimmungen sowie organisatorische Vorkehrungen, um bei drohender Insolvenz systemrelevante Funktionen aufrechterhalten zu können. Die Raiffeisen Schweiz Genossenschaft hat im Jahr 2012 die Privatbank Notenstein als hundertprozentige Tochtergesellschaft übernommen. Die SNB weist die Privatbank Notenstein aber weiterhin in der Kategorie Börsenbanken in der Bankengruppe «Übrige Banken» aus.

Die Gruppe der Auslandbanken umfasst die Filialen ausländischer Banken sowie ausländisch beherrschte Banken. | [Auslandbanken](#)
Die *Filialen ausländischer Banken* besitzen keine eigene Rechtspersönlichkeit, sondern sind rechtlich ihrer ausländischen Muttergesellschaft unterstellt. Sie bedienen insbesondere ausländische Kunden und sind vorwiegend im Investmentbanking tätig. Einige Banken fokussieren auch auf das auslandorientierte Vermögensverwaltungsgeschäft. Per Ende 2014 gab es 27 Filialen ausländischer Banken in der Schweiz (2013: 27). Die *ausländisch beherrschten Banken* sind nach schweizerischem Recht organisiert, weisen aber eine ausländische Beteiligung von mehr als der Hälfte aller Stimmen auf. Die ausländisch beherrschten Banken sind oft in allen Geschäftsfeldern tätig – gewisse konzentrieren sich ebenfalls auf die Vermögensverwaltung oder das Investmentbanking. Per Ende 2014 zählte die Schweiz 91 ausländisch beherrschte Banken (2013: 93).

Die national und international ausgerichteten Privatbankiers sind in erster Linie in der Vermögensverwaltung tätig und haften als Gesellschafter solidarisch. | [Privatbankiers](#)
Mit den Instituten La Roche & Co AG, Lombard Odier & Co AG, Mirabaud & Cie AG sowie Pictet & Cie SA änderten per 1. Januar 2014 vier Privatbankiers ihre Rechtsstruktur in eine Aktiengesellschaft. Die Umwandlung erfolgte aufgrund des sich rasch ändernden regulatorischen Umfelds sowie des starken Wachstums insbesondere im Ausland. Durch die Änderung der Rechtsform wird eine internationale Expansion erleichtert und Wachstumspotenziale können entsprechend besser wahrgenommen werden. Die erwähnten Institute werden per 2014 neu unter der Bankengruppe «Übrige Banken» (Börsenbanken) geführt. Entsprechende Strukturbrüche in den Statistiken der Bankengruppen «Privatbankiers» und «Übrige Banken» werden im nachfolgenden Text jeweils vermerkt. Per Ende 2014 gab es insgesamt noch sieben Privatbankiers (2000: 17, 2005: 14, 2010: 13).

Zu den «Übrigen Banken» zählen die Börsen- und Kleinkreditbanken sowie «andere Banken». Börsenbanken konzentrieren sich hauptsächlich auf das Börsen-, Effekten- und Vermögensverwaltungsgeschäft. Kleinkreditbanken sind Geschäftsbanken, die vorwiegend Klein- und Konsumkredite sowie Abzahlungsgeschäfte anbieten. Zu den «anderen Banken» werden jene Banken gezählt, die sich in keine andere Gruppe einordnen lassen. Per Ende 2014 gab es mit 60 «Übrigen Banken» ein Institut weniger als im Vorjahr. Mit der PostFinance wurde im September 2015 ein Institut dieser Kategorie als systemrelevant erklärt. | [«Übrige Banken»](#)

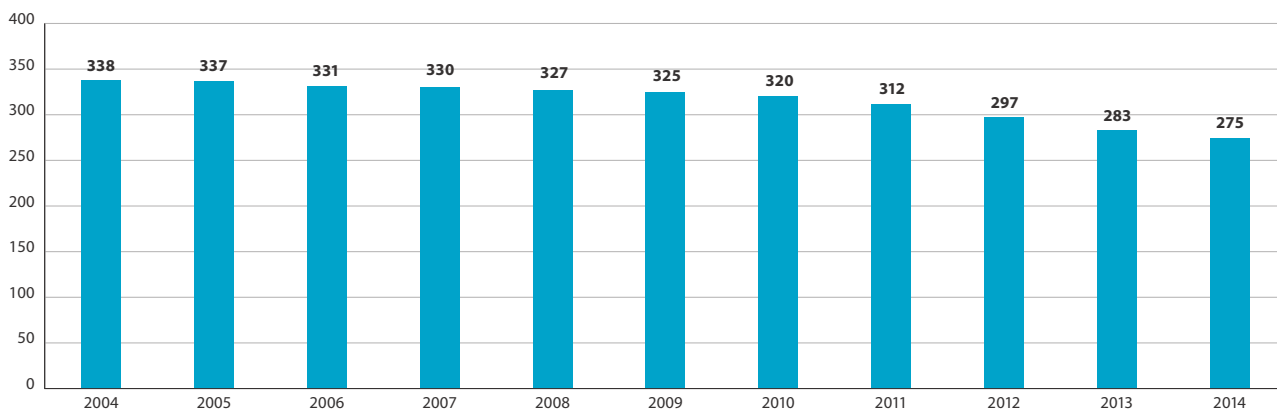
1.1 Entwicklungen im Jahr 2014

Im Jahr 2014 reduzierte sich die Anzahl Banken von 283 auf 275. Der Saldo ergibt sich aus fünf Entlassungen aus dem Bankenstatus, zwei Liquidationen, zwei Übernahmen durch andere Banken sowie eine Neuaufnahme. Von den Weglassungen sind insbesondere die ausländisch beherrschten Banken (-4) und die Börsenbanken (-3) betroffen.

| 275 Banken in der Schweiz

Abb. 1

Anzahl Banken in der Schweiz



Quelle: SNB

Die Bank Leumi gab im Juli 2014 ihr Private Banking-Geschäft in der Schweiz auf. Julius Bär übernahm die von der Schweiz aus bedienten internationalen Kunden des israelischen Finanzinstituts, welche über ein Vermögen von rund CHF 6 Mrd. verfügen. Die knapp 160 Angestellten in Genf und Zürich wechselten zu Julius Bär. Ein Jahr zuvor hatte Julius Bär bereits das Vermögensverwaltungsgeschäft von Merrill Lynch übernommen.

| Julius Bär übernimmt
Schweizer Geschäft von
Bank Leumi

Ende August 2013 haben das amerikanische Justizdepartement (Department of Justice, DoJ) und der Schweizerische Bundesrat das Programm zur Beilegung des Steuerstreits der Schweizer Banken mit den USA veröffentlicht. Das Programm erlaubt den Banken, die Vergangenheit innerhalb eines klar definierten Rahmens zu bereinigen und steht allen Banken offen, ausser denjenigen, gegen welche von Seiten des DoJ strafrechtliche Ermittlungen eröffnet wurden (sogenannte Kategorie 1). Es ist zu erwarten, dass das Programm insbesondere für Banken der Kategorie 2 (Banken, die davon ausgehen müssen, dass ihnen die USA eine Verletzung von US-Recht vorwerfen, unter dem Programm ein Non-Prosecution Agreement anstreben und eine Busse auferlegen) bis Ende 2015 voran kommen wird. Seit Beginn des Programms bis Ende Juli 2015 konnten 26 Schweizer Banken der Kategorie 2 eine Einigung im Steuerstreit mit den USA erzielen.

| Fortschritte im US-Steuerstreit

Neben vielen anderen Ländern hat auch die Schweiz mit den USA einen Staatsvertrag zur erleichterten Umsetzung des Foreign Account Tax Compliance Acts (FATCA) abgeschlossen. Dieser Staatsvertrag diente als Basis des Schweizer FATCA-Gesetzes, welches per 30. Juni 2014 in Kraft trat. Hätte die Schweiz FATCA nicht implementiert, so wäre auf Erträge aus US-Titeln eine 30-prozentige Strafquellensteuer durch die USA erhoben worden. Durch das FATCA-Abkommen wird der Implementierungsaufwand für Schweizer Banken reduziert. Denn ohne FATCA-Abkommen müssten Schweizer

| Schweizer FATCA-Abkommen
in Kraft

Banken im Rahmen der Umsetzung von FATCA direkt die sehr umfangreichen Ausführungsbestimmungen des US Finanzministeriums (US-Treasury) anwenden. Diese sehen teilweise weiterreichendere Pflichten als das Schweizer FATCA-Abkommen vor, was die Implementierung für die Banken noch aufwendiger gestalten würde. Das derzeitige Schweizer FATCA-Abkommen ist ein Abkommen nach dem sogenannten Modell 2, nach welchem meldepflichtige Schweizer Finanzinstitute bestimmte Kontodaten mit Zustimmung des betroffenen Kunden direkt an die US-Steuerbehörde liefern müssen. Am 8. Oktober 2014 hat der Bundesrat zu Verhandlungen mit den USA über einen Wechsel zu einem FATCA-Abkommen nach Modell 1 angesetzt. Der wesentliche Unterschied zu Modell 2 besteht darin, dass Daten nicht direkt vom Finanzinstitut an die USA, sondern zuerst an die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) und von dort aus weitergeleitet werden. Diese Umstellung wird frühestens 2018 in Kraft treten.

Der Strukturwandel setzte sich auch im Jahr 2014 fort, so dass sich die Anzahl Banken durch Schliessungen oder Übernahmen weiter verringert hat.

Insbesondere entscheiden sich immer mehr Auslandbanken aufgrund der hohen regulatorischen Anforderungen und damit verbundenen Compliance-Kosten, ihr globales Offshore Banking in geringerem Masse von der Schweiz aus zu betreiben. Nach wie vor leiden viele inländische Banken stark unter den schrumpfenden Zinsmargen, was den Strukturwandel weiterhin antreibt. Auch die Digitalisierung im Finanzdienstleistungsbereich dürfte die strukturelle Neuordnung der Banken stark beeinflussen und neue Anforderungen an die Rahmenbedingungen generieren. Die mediale Präsenz des Themas sowie die Sensibilisierung der Finanzbranche für «Fintech» haben seit 2014 massiv zugenommen (siehe Box).

Strukturwandel und Digitalisierung im Bankensektor

Fintech

Der technologische Fortschritt bringt einerseits Kostenvorteile und neue Dienstleistungen (z. B. im Bereich Vertriebs- und Kommunikationskanäle) und durchdringt alle Geschäftsbereiche des Banking. Andererseits stärkt der technologische Fortschritt die Position der Kunden und verändert die Kundenansprüche. Nachgefragte Leistungen müssen transparent, intuitiv und bequem bedienbar, schnell und sicher im Zugang, personalisiert und kompatibel mit anderen Leistungen sowie von einer zentralisierten digitalen Plattform beziehbar sein. Viele solcher Leistungen werden momentan von kosteneffizienten Start-Ups und Nichtbanken entwickelt und angeboten. Für Banken bietet die Zusammenarbeit mit innovativen Fintech-Firmen eine effiziente Massnahme zur Implementierung von digitalen Strukturen und Prozessen, welche die Produktionskosten senken und die Flexibilität für zukünftige Entwicklungen erhöhen. Die Digitalisierung dürfte auch ein Aufbrechen der bisherigen Wertschöpfungskette und eine Industrialisierung im Banking bewirken. Die Fähigkeit, die neu entstehenden Schnittstellen zwischen den Produktionsschritten zu erkennen und diese zu gestalten sowie das Erzielen von Skaleneffekten werden massgeblich erfolgsbestimmend sein.

Im Dezember 2014 wurde der Schlussbericht der Expertengruppe Brunetti zur Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie veröffentlicht, welche vom Bundesrat beauftragt war, auf Basis der bestehenden Grundlagen die Rahmenbedingungen des Finanzplatzes zu analysieren und daraus Vorschläge für die Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie abzuleiten. Der Schlussbericht ist ein wichtiges Element, um die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes im In- und gegenüber dem Ausland weiter zu stärken. In Bezug auf Banken wurde insbesondere das Ziel formuliert, die Regulierungsprozesse effizient und verhältnismässig zu gestalten.

Schlussbericht der Expertengruppe zur Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie

Des Weiteren streicht der Bericht heraus, dass bei der Vermarktung des Schweizer Finanzplatzes im Ausland gemeinsame Anstrengungen mit dem Bund unternommen werden müssen. Für die Wertschöpfung und den Erhalt der Arbeitsplätze der Banken in der Schweiz ist der grenzüberschreitende Zugang zu den wichtigen Märkten dabei von zentraler Bedeutung. Der Bericht hebt hervor, dass Abschottungstendenzen gegenüber Europa verhindert werden und zeitgleich Massnahmen zur Erschliessung neuer Wachstumsmärkte in Angriff genommen werden müssen.

1.2 Entwicklungen im Jahr 2015

Im Februar 2015 hat die Privatbank Notenstein, eine Tochtergesellschaft der Raiffeisen-Gruppe, die Privatbank La Roche übernommen. La Roche, welche wenige Monate zuvor die Rechtsform einer Aktiengesellschaft annahm, begründet die Übernahme vor allem mit dem steigenden Margendruck durch die wachsenden Compliance-Kosten und dem notwendigen Ausbau der E-Banking-Kapazitäten. Notenstein will durch die Übernahme ihr Kerngeschäft, die Vermögensverwaltung für Privatkunden, stärken und so ihre Positionierung am Markt ausbauen. Zusammen beschäftigen die Privatbanken rund 800 Personen. La Roche war bereits die zweite Übernahme für Notenstein in kurzer Zeit. Im August 2014 hatte Notenstein den Kauf des Schweizer Private Banking-Portfolios der Landesbank Baden-Württemberg bekanntgegeben und übernahm damit rund zehn Mitarbeitende in Zürich und CHF 1 Mrd. an neuen Kundenvermögen.

Notenstein übernimmt La Roche

Eine weitere Übernahme fand im März 2015 statt, als Union Bancaire Privée (UBP) die Royal Bank of Scotland-Tochter Coutts International übernahm. Der Kauf umfasst mit über CHF 30 Mrd. an verwalteten Vermögen das Geschäft in der Schweiz, Monaco, Hong Kong, Singapur und im Nahen Osten. Seit 2011 ist dies die vierte Akquisition von UBP.

Union Bancaire Privée übernimmt Coutts

Im Dezember 2014 verkündete die ZKB die Integration des Fondshauses Swisscanto, welche im März 2015 vollzogen wurde. Das Ziel ist die Zusammenführung der beiden Fondspaletten zu einem einheitlichen Gesamtangebot. Die kombinierte Einheit aus Swisscanto und ZKB weist insgesamt Assets under Management (AuM) in Höhe von rund CHF 82 Mrd auf.

ZKB übernimmt Swisscanto

Nachdem zum Beispiel die Bank of America/Merill Lynch, Morgan Stanley wie auch Lloyds ihre Präsenz in der Schweiz beendet haben, gab im März 2015 auch das drittgrösste Institut Dänemarks, die Jyske Bank, die Schliessung ihres Private Banking-Geschäfts in der Schweiz bekannt. Dieses wird künftig gebündelt von Gibraltar und Kopenhagen aus betrieben.

Rückzug von Auslandbanken

Am 15. Januar 2015 hat die SNB bekannt gegeben, die Wechselkursuntergrenze von 1,20 CHF pro Euro aufzuheben. Begründet wurde der Entscheid mit den sich verstärkenden Unterschieden in der geldpolitischen Ausrichtung der bedeutenden Währungsräume und der Abwertung des Euros, und somit des Frankens, gegenüber dem US-Dollar. Die SNB bleibt aber am Devisenmarkt aktiv. Gleichzeitig führte sie Negativzinsen von -0,75 Prozent ein, welche Banken auf Sichtguthaben, das sie bei der SNB parkiert haben, entrichten müssen. Dies erhöht unter anderem die Kosten für Zinsabsicherungen für alle Banken.

SNB hebt Mindestkurs des Euros zum Franken auf und erhöht Negativzinsen

Die beiden Schweizer Grossbanken sind dabei, ihre Rechtsstrukturen anzupassen, um gemäss der Too-big-to-fail-Regulierung (TBTF) im Krisenfall systemrelevante Teile fortzuführen. Sowohl die Credit Suisse als auch die UBS sind daran, eine Holding-Struktur einzuführen und eine eigenständige Schweiz AG einzurichten. Im Juni 2015 hat UBS die Gründung der UBS Switzerland AG, einer hundertprozentigen Tochter der UBS AG mit eigener Banklizenz, bekannt gegeben. Sie umfasst die Bereiche für das Schweizer Firmen- und Privatkundengeschäft und alle auf Schweizer Boden gebuchten Gelder der Vermögensverwaltung. Die wichtigsten Anpassungen betrafen die IT-Systeme und die operativen Prozesse. Die Arbeiten für die Implementierung der entsprechenden Rechtseinheit bei der Credit Suisse sind im Gange. Die Grossbank baut derzeit die IT- und operativen Strukturen für die Holdingstruktur.

Umsetzung der Rechtsform bei Grossbanken aufgrund TBTF-Regulierung

Den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA) mit dem Ausland nach dem globalen OECD-Standard wird die Schweiz per 2017 umsetzen. Somit werden Schweizer Banken erstmals im Jahr 2017 Daten über Bankkonten und Wertschriftendepots von Steuerpflichtigen, die steuerrechtlich in AIA-Partnerstaaten domiziliert sind, sammeln und diese im Jahr 2018 an die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) übermitteln. Die ESTV ihrerseits tauscht die Informationen anschliessend mit den zuständigen Steuerbehörden der Partnerstaaten aus. Die Schweiz und die Europäische Union haben am 27. Mai 2015 ein Abkommen zur Einführung des AIA unterschrieben. Bereits im März 2015 hatte die Schweiz eine gemeinsame Erklärung zur Einführung des AIA mit Australien unterzeichnet. Weitere Abkommen werden gegenwärtig verhandelt. Damit Schweizer Banken steuerrelevante Informationen austauschen können, müssen die nötigen Rechtsgrundlagen geschaffen werden. Der Bundesrat hat am 5. Juni 2015 dem Parlament die Botschaft über das multilaterale Übereinkommen des Europarats und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen sowie die Botschaft zu den gesetzlichen Grundlagen für den AIA unterbreitet. Parallel dazu arbeiten die Schweizer Banken im Rahmen von Grossprojekten auf die praktische Umsetzung des künftigen Standards hin.

AIA: Banken arbeiten mit Hochdruck an der Umsetzung des künftigen Standards

In der Sommersession 2015 hat das Parlament die Gesetzesvorlage zum FinfraG zu Ende beraten. Das Gesetz tritt voraussichtlich Anfang 2016 in Kraft. Mit dem FinfraG werden die Organisation und der Betrieb von Finanzmarktinfrastrukturen sowie Verhaltenspflichten im Effekten- und Derivatehandel einheitlich geregelt. Das FinfraG orientiert sich an internationalen Standards und leistet einen wichtigen Beitrag für eine robuste, effiziente Finanzmarktinfrastruktur und den OTC-Derivatehandel. Es trägt damit zur Stärkung der Systemstabilität bei. Gegenüber der EU-Regelung ist der Vorschlag aber flexibler ausgestaltet und den Bedürfnissen des Schweizer Finanzplatzes angepasst. Im FinfraG werden Bestimmungen zusammengeführt, die sich heute im Börsen-, im Banken- und im Nationalbankgesetz befinden. Die neuen Vorschriften für den OTC-Derivatehandel orientieren sich am geltenden Recht in den USA und in der EU. Bisher konnten Handelspartner OTC-Derivate direkt austauschen. Neu müssen jeder Verkauf über eine zentrale Gegenpartei abgerechnet (Clearingpflicht), die Derivatgeschäfte an ein anerkanntes Transaktionsregister gemeldet (Meldepflicht) und die gehandelten OTC-Derivate bei einem autorisierten Zentralverwahrer aufbewahrt werden (Verwahrungspflicht).

Finanzmarktinfrastrukturgesetz (FinfraG) durch Parlament verabschiedet

Im Juli 2015 wurde vom Schweizer Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) bekanntgegeben, dass eine Einigung mit der deutschen Finanzmarktaufsicht BaFin betreffend den erleichterten Marktzugang für Schweizer Banken erzielt werden konnte. Ein entsprechendes Memorandum zur grenzüberschreitenden Erbringung von Finanzdienstleistungen wurde bereits im Jahr 2013 zwischen den Finanzministerien der Schweiz und Deutschlands getroffen. Das Memorandum wird nun

Klärung beim Marktzugang Deutschland

durch eine Ausführungsvereinbarung zwischen den beiden Aufsichtsbehörden umgesetzt und ermöglicht eine Vereinfachung beim Anbieten von Bankdienstleistungen aus der Schweiz heraus. Schweizer Banken, die grenzüberschreitend in Deutschland Finanzdienstleistungen anbieten wollen, können ab sofort um eine vereinfachte Freistellung bei der BaFin ersuchen.

2 Geschäftserfolg der Banken

Im Jahr 2014 haben 246 der insgesamt 275 Banken in der Schweiz einen Jahresgewinn erzielt. Diese summierten sich auf CHF 14,2 Mrd. und waren somit CHF 2,3 Mrd. höher als im Jahr zuvor. Die Verluste der unprofitablen Institute wuchsen jedoch ebenfalls stark von CHF 1,4 Mrd. auf CHF 6,8 Mrd. Die Höhe der aggregierten Jahresgewinne und -verluste wurde massgeblich von den Grossbanken sowie der ausländisch beherrschten Banken dominiert. Die Banken entrichteten Steuern in der Höhe von CHF 2,6 Mrd. (36,8% mehr als 2013). Der aggregierte Geschäftserfolg belief sich 2014 auf CHF 61,5 Mrd. (+1,2%). Innerhalb der Bilanzen trägt der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft mit 38,9 Prozent knapp den grössten Teil zum Erfolg bei. Das Zinsgeschäft machte 2014 38,5 Prozent vom Erfolg aus. Der in diesem Tiefzinsumfeld gesunkene Zinsertrag konnte durch den noch stärker gesunkenen Zinsaufwand überkompensiert werden. Der Handelserfolg war erneut rückläufig (-8,4%), während der übrige ordentliche Erfolg erhöht werden konnte (+8,6%). Im laufenden Jahr 2015 bleiben die Zinsmargen voraussichtlich auf einem tiefen Niveau, jedoch dürften sich die hohen Handelsaktivitäten an der Börse positiv auf das Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft auswirken. Gesamthaft wird daher ein leichter Anstieg des Geschäftserfolgs für das Jahr 2015 erwartet.

2.1 Entwicklungen im Jahr 2014

Der aggregierte Geschäftserfolg³ setzt sich aus den Erfolgen aus Zinsgeschäft, Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft, Handelsgeschäft sowie dem übrigen ordentlichen Erfolg zusammen und ist 2014 mit 1,2 Prozent auf CHF 61,5 Mrd. gestiegen. 2013 betrug das Wachstum noch 3,1 Prozent. Insgesamt kann auf eine stabile Erfolgsentwicklung geschlossen werden.

Geschäftserfolg wächst langsamer

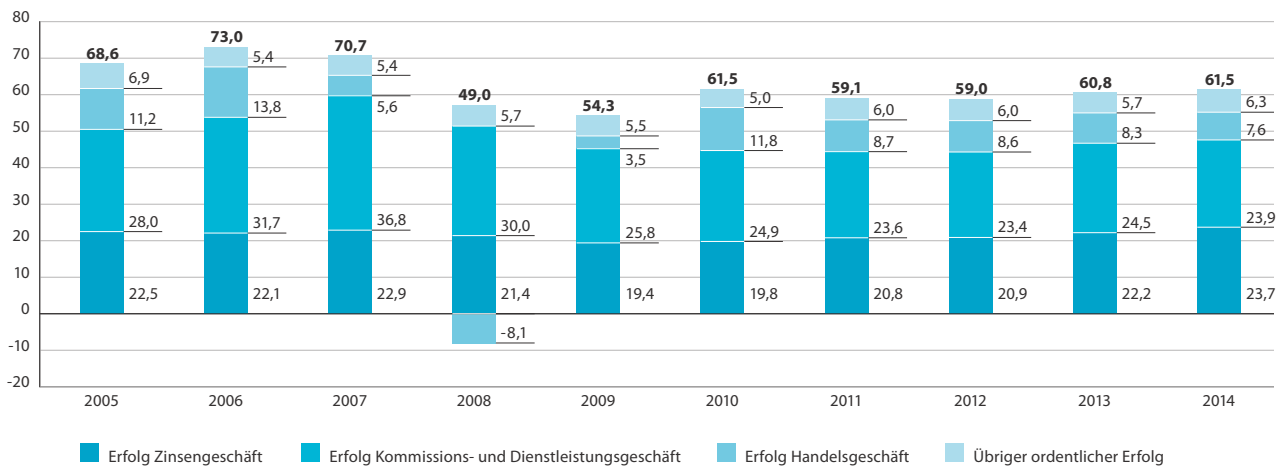
Das Zinsdifferenzgeschäft steht bei den Banken immer mehr unter Druck. Im Umfeld der niedrigen Zinsen können sie für ihre Kredite immer weniger Zins verlangen. Dennoch ist es in den letzten Jahren gelungen, das Zinsgeschäft zu steigern, indem der Margenschwund durch ein höheres Kreditvolumen kompensiert wurde. Angesichts der niedrigen Zinsen war die Nachfrage nach Hypotheken gross.

³ Basierend auf den SNB-Daten zu den statutarischen Einzelabschlüssen der Banken (Stammhaus). Die statutarischen Einzelabschlüsse umfassen die Geschäfte der Sitze in der Schweiz sowie der rechtlich unselbstständigen in- und ausländischen Filialen. Sie können von den publizierten Geschäftsberichten abweichen, weil diese die rechtlich selbstständigen Tochterfirmen einschliessen (insbesondere für Grossbanken).

Abb. 2

Erfolg nach Geschäftsbereichen

In Mrd. CHF

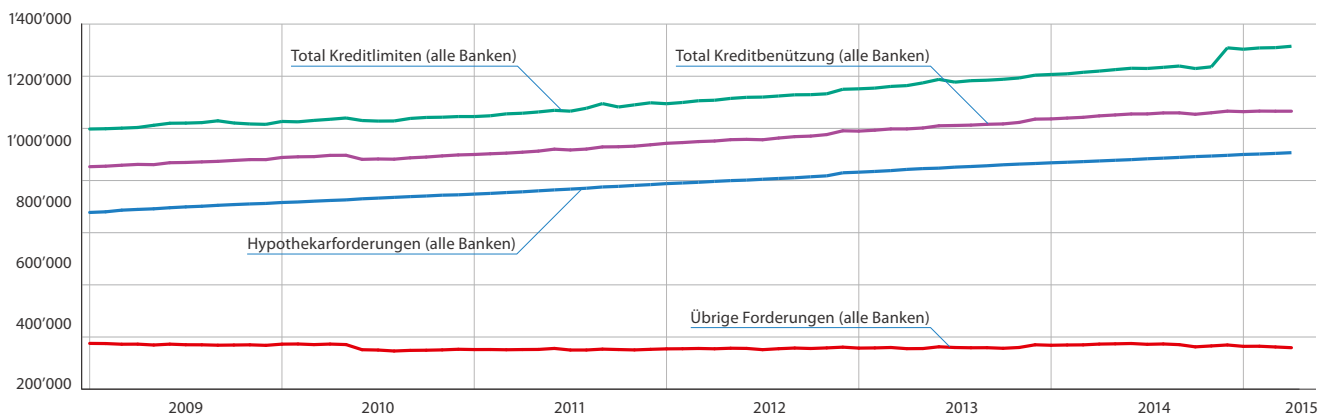


Quelle: SNB

Abb. 3

Inländische Kredite

In Mio. CHF



Quelle: SNB

Der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft trägt mit 38,9 Prozent nach wie vor den grössten Teil zum Geschäftserfolg bei. Er ist 2014 mit -2,4 Prozent jedoch leicht gesunken und beträgt noch CHF 23,9 Mrd. Die Abnahme entspricht dem Trend seit 2007 mit Ausnahme des vorletzten Jahres 2013. Der Rückgang ist auf die gesunkenen Kommissionserträge aus dem Wertschriften- und Anlagegeschäft zurückzuführen. Diese gingen von CHF 23,0 Mrd. auf CHF 22,2 Mrd. zurück. Grund dafür war die niedrige Volatilität an den Aktienmärkten. Währenddessen blieben die Kommissionen aus dem Kreditgeschäft konstant und die Kommissionen aus den übrigen Dienstleistungen stiegen leicht (+CHF 208 Mio. auf CHF 4,4 Mrd.). Der Aufwand für Kommissionen und Dienstleistungen blieb mit CHF 4,8 Mrd. gleich.

Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft erneut abnehmend

Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft steigt seit 2010 an und stellt auch 2014 mit 38,5 Prozent den zweitwichtigsten Posten am Gesamterfolg dar. Trotz des tiefen Zinsniveaus konnten die Banken den Zinserfolg von CHF 22,2 Mrd. auf CHF 23,7 Mrd. steigern (+6,8%). Der positive Saldo ergibt sich aus einem verminderten Zinsertrag und einem noch stärker gesunkenen Zinsaufwand: Während der Zins- und

Sinkender Zinsaufwand erhöht den Zinserfolg

Diskontertrag (-CHF 0,5 Mrd.) sowie der Zins- und Dividendenertrag aus Finanzanlagen (-CHF 0,3 Mrd.) abnahmen, reduzierte sich der Zinsaufwand (-CHF 2,0 Mrd.). Einzig der Zins- und Dividendenertrag aus Handelsbeständen fiel positiv aus (+CHF 0,3 Mrd.).

Der Erfolg aus dem Handelsgeschäft nahm im Jahr 2014 zum vierten Mal in Folge ab und macht noch 12,4 Prozent am Gesamterfolg aus. Gegenüber dem Vorjahr sank der Handelserfolg um CHF 0,7 Mrd. beziehungsweise 8,4 Prozent. Dazu beigetragen hat die tiefe Volatilität auf den Aktienmärkten. Der Handelserfolg setzt sich aus dem Saldo aus den Handelsaktivitäten mit Geldmarktanlagen, Devisen, Edelmetallen, Effekten und derivativen Instrumenten zusammen. Dabei umfasst das Geschäft sowohl das reine Kundengeschäft als auch die Eigenbestände der Bank. Der Eigenhandel der Banken wird unter anderem aufgrund höherer Kapitalanforderungen weiter reduziert. Systemrelevante Banken in der Schweiz erhöhten ihre Eigenkapitalbasis im Hinblick auf die ab 2019 zu erfüllenden Too-big-to-fail-Vorschriften weiter.

Erneute Reduktion des Handelserfolgs

Der Anteil am Gesamterfolg durch den übrigen ordentlichen Erfolg erhöhte sich im Jahr 2014 von 8,8 Prozent auf 10,2 Prozent. Der übrige ordentliche Erfolg (enthält unter anderem Beteiligungsertrag, Liegenschaftenerfolg und Erfolg aus Veräusserungen von Finanzanlagen) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 0,5 Mrd. auf CHF 6,3 Mrd. (+8,6%).

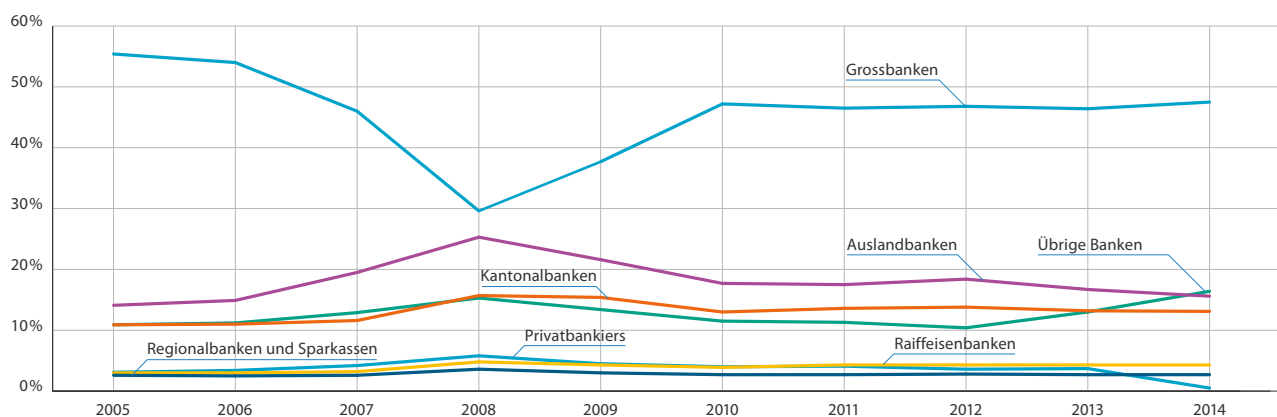
Anstieg des übrigen ordentlichen Erfolgs

Die Erfolgsanteile der Bankengruppen haben sich 2014 etwas verändert, wobei diese Veränderungen vorab auf die Rechtsformänderungen einiger Privatbanken zurückzuführen sind. Ohne diese Umteilung zwischen den Bankengruppen der Privatbankiers und den «Übrigen Banken» würde sich ein ähnliches Bild wie im Jahr 2013 zeigen. Durch die Umteilung der vier Privatbanken Pictet, Lombard Odier, Mirabaud und La Roche zu den «Übrigen Banken» reduzierte sich der Erfolgsanteil der Privatbanken auf 0,5 Prozent (2013: 3,7%) des gesamten Bankensektors. Der Anteil der «Übrigen Banken» erhöhte sich entsprechend auf 16,4 Prozent (2013: 13,0%). Der Anteil der «Übrigen Banken» hat sich bereits 2013 durch den erstmaligen Einbezug von PostFinance erhöht. Die Grossbanken hatten einen Anteil am Erfolg von 47,5 Prozent, die Kantonalbanken von 13,1 Prozent, die Raiffeisenbanken von 4,3 Prozent und die Regionalbanken und Sparkassen von 2,7 Prozent. Die Auslandbanken reduzierten ihren Anteil von 16,7 Prozent auf 15,6 Prozent, was auf die Geschäftsaufgabe von zwei Auslandbanken im Jahr 2014 zurückzuführen ist.

Erfolgsanteile der Bankengruppen

Abb. 4

Erfolgsanteile nach Bankengruppen



Quelle: SNB: Die Banken in der Schweiz 2014

Der Bruttogewinn aus der Geschäftstätigkeit der Banken in der Schweiz nahm 2014 um 7,7 Prozent zu und summierte sich auf CHF 21,0 Mrd. (2013: CHF 19,5 Mrd.). Der starke Anstieg hängt mit den Grossbanken zusammen, deren aggregierter Jahresgewinn von CHF 3,8 Mrd. auf CHF 7,8 Mrd. zunahm. Die Ertrags- und Gewinnsteuern fielen 2014 mit CHF 2,6 Mrd. höher aus als noch ein Jahr zuvor (2013: CHF 1,9 Mrd.).

Zunahme der Gewinnsteuern

Im Jahr 2014 verzeichneten von den 275 Banken in der Schweiz 246 Banken einen Jahresgewinn⁴ und 29 Banken einen Jahresverlust. Im Jahr zuvor haben von den 283 erfassten Banken 235 einen Gewinn erreicht. Der Anteil an Banken mit einem Gewinn ist demnach von 83,0 auf 89,5 Prozent gestiegen. Die Summe der Jahresgewinne erhöhte sich um CHF 2,3 Mrd. auf CHF 14,2 Mrd., während die Summe der Jahresverluste um CHF 5,4 Mrd. auf CHF 6,8 Mrd. stieg. Zwar erhöhte sich die Summe der Jahresverluste im Vergleich zum letzten Jahr (CHF 1,4 Mrd.), dennoch resultiert ein positiver aggregierter Gewinnsaldo von CHF 7,4 Mrd. (2013: CHF 10,5 Mrd.). Die Jahresgewinne wurden massgeblich durch eine Grossbanken bestimmt. Die ausserordentlichen Erträge dieser Grossbank haben vor allem aufgrund der Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen zugenommen. Die Jahresverluste wurden namentlich durch die ausländisch beherrschten Banken und eine Grossbank realisiert. Hier schlugen vor allem erhöhte Aufwände aus «Wertberichtigungen, Rückstellungen und Verluste» zu Buche.

Zunahme der aggregierten Jahresgewinne

2.2 Entwicklungen im Jahr 2015

Das erste Halbjahr 2015 zeigt eine starke Zunahme der Aktivitäten an der Börse. Die Wertschriftenumsätze an der Schweizer Börse haben im Vergleich zum ersten Halbjahr 2014 um stattliche 30,9 Prozent zugenommen. Die durch die Aufhebung des Mindestkurses im Januar 2015 bedingte Volatilität und Handelsaktivität sowie Portfolioumschichtungen der Banken haben zum starken Anstieg im ersten Halbjahr beigetragen. Das höchste Umsatzwachstum innerhalb der Wertschriften verzeichneten die Aktien mit 34,3 Prozent gefolgt von Obligationen (+27,7%), strukturierten Produkten (+18,8%) und Anlagefonds (+12,1%). Die hohe Handelsaktivität wird sich positiv auf den Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft auswirken.

Hohe Handelsaktivität auf Wertschriftenmärkten im ersten Halbjahr

Die Aufhebung des Euro-Mindestkurses im Januar 2015 hat Vorteile wie auch Nachteile für die Schweizer Banken. Generell sind alle Banken von Kursverlusten auf Depotwerten in Fremdwährungen betroffen, was sich negativ auf das Volumen der verwalteten Vermögen in Schweizer Franken und somit auf die Gebührenerträge auswirkt. Zusätzlich sind Banken, die ihre Leistungen exportieren und ihre Kosten in Schweizer Franken, die Erträge aber in Fremdwährungen fakturieren, mit einem «Währungs-Mismatch» konfrontiert. Die Aufwertung des Frankens nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses ist aber auch Ausdruck einer starken Währung, von Vertrauen in die hiesige Wirtschaft und eines soliden Finanzplatzes. Ausserdem wirkte sich die Mindestkurs-Aufhebung positiv auf die Kommissionen im Handel mit Wertschriften, Devisen und Edelmetallen sowie den Absicherungsbedarf von Währungsrisiken durch Firmenkunden aus. Kurz nach der überraschenden Bekanntgabe der Aufhebung des Euro-Mindestkurses war die Verunsicherung an den Aktienmärkten gross, was sich in den Aktienpreisen der drei grössten gehandelten Schweizer Banken widerspiegelte. Am 15. Januar 2015 fielen die Preise von UBS, Credit Suisse und Julius Bär um 12,0 Prozent, 17,0 Prozent und 18,0 Prozent. Die Aktienpreise erholten sich seither wieder.

Banken von der Aufhebung des Euro-Mindestkurses betroffen

⁴ Der Jahresgewinn resultiert aus Bruttogewinn abzüglich «Abschreibungen auf dem Anlagevermögen», «Wertberichtigungen, Rückstellungen und Verluste», «ausserordentlicher Aufwand», «Steuern» und zuzüglich dem «ausserordentlichen Ertrag».

Um den Druck auf den Franken zu reduzieren, wurde mit der Aufhebung der Wechselkursuntergrenze von CHF 1,20 pro Euro am 22. Januar 2015 der Zins für Guthaben auf den Girokonten bei der SNB, die einen festgelegten Freibetrag übersteigen, um 0,5 Prozentpunkte auf -0,75 Prozent gesenkt. Die Freibetragsgrenze liegt beim 20-fachen der Mindestreserven, welche eine Bank bei der SNB hinterlegen muss. Per Ende Dezember 2014 lag der Erfüllungsgrad der Mindestreserven bei den Grossbanken beim 12,6-fachen, derjenige bei Kantonalbanken beim 16,7-fachen – somit unter der Freibetragsgrenze. Bei den anderen Finanzinstituten, welche bei der SNB mindestreserverpflichtig sind, war dieser mit einem Faktor von 32,9 massiv höher. Obwohl diese Institute zum Teil bereits stark von den Negativzinsen betroffen sind, dürften im Jahr 2015 aufgrund regulatorischer Vorgaben beim grössten Teil dieser Finanzinstitute die Erfüllungsgrade der Mindestreserve noch weiter ansteigen und damit die Kosten für die betroffenen Institute. Zusätzlich ist seit dem SNB-Entscheid das Zinsumfeld deutlich negativ. Infolgedessen haben sich namentlich die Kosten für Zinsabsicherungen für alle Banken erhöht. Weiter belastet der Negativzins vor allem Banken ohne Schwerpunkt im Schweizer Anlage- und Kreditgeschäft, so zum Beispiel Vermögensverwaltungsbanken. Für die anderen Banken, die insbesondere im Zinsdifferenzgeschäft aktiv sind, wirken sich insbesondere auch die indirekten Kosten negativ aus, weil die Negativzinsen nicht direkt an Individualkunden weitergegeben werden, sondern die Banken die Kosten tragen, da sonst ein Abziehen von Bargeld und dessen Hortung befürchtet wird. Um der schrumpfenden Marge im Zinsgeschäft entgegenzuwirken, haben viele Banken im Verlauf des ersten Halbjahres 2015 die langfristigen Hypothekarzinsen erhöht. Gerade im Hypothekengeschäft stehen die Banken zusätzlich unter Druck, da branchenfremde Akteure, wie beispielsweise Versicherungen, zu kompetitiven Zinsen Kredite auf dem Hypothekarmarkt anbieten. Auswirkungen der Negativzinsen auf die Kreditvergaben der Banken waren im ersten Halbjahr 2015 nicht spürbar. Ein baldiges Verlassen des aktuellen Negativzinsumfeldes ist nicht zu erwarten. Schliesslich lassen Wechselkurs- und zinsbedingte Einnahmeausfälle nicht auf eine starke Zunahme des Geschäftserfolgs im Jahr 2015 schliessen.

3 Bilanzgeschäft

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz dehnte sich im Jahr 2014 von CHF 2'849,2 Mrd. auf CHF 3'041,7 Mrd. aus. Grund war vor allem der Anstieg der Bilanzsumme der Grossbanken um CHF 138 Mrd. Dabei wurde vor allem das Auslandgeschäft ausgebaut. Die Hypothekarforderungen stellten auch 2014 mit einem Anteil von 30,0 Prozent den bedeutendsten Aktivposten dar. Die flüssigen Mittel betragen per Ende 2014 CHF 425,9 Mrd. Im Jahr 2005 lagen diese noch bei CHF 17,3 Mrd. Die Interventionen der SNB zur Verteidigung des Euro-Mindestkurses lassen sich durch eine genauere Betrachtung der Zusammensetzung der Aktiven der Banken zwischen 2005 und 2014 nachzeichnen. Die Entwicklung der Giro Guthaben der Banken gilt als Hinweis dafür, wie stark die SNB im Devisenmarkt interveniert. Wenn die SNB am Devisenmarkt eingreift und zum Beispiel Fremdwährung kauft, schreibt sie den Banken den entsprechenden Franken-Betrag auf deren SNB-Girokonten gut. Die Giro Guthaben der Banken stiegen im Jahr 2014 jedoch nicht mehr so stark an wie in den Jahren zuvor. Bei der Analyse der Zusammensetzung der Passiven im selben Zeitraum ist ersichtlich, dass sich der Aufwärtstrend zur zinsbedingten Umschichtung durch Kunden von Termin- zu Sichteinlagen der letzten Jahre abgeschwächt hat.

Während Banken im Ausland ihre Kreditvergabe während der Finanz- und Wirtschaftskrise drosselten, unterstützten die Banken in der Schweiz die heimische Wirtschaft ungebrochen

mit Krediten. Das Total des ausstehenden inländischen Kreditvolumens betrug im Jahr 2014 CHF 1'066,1 Mrd., was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von 3,0 Prozent entspricht. Das Wachstum der inländischen Hypothekarforderungen wies in den ersten fünf Monaten des Jahres 2015 einen abgeschwächten Trend auf (+1,2%). Dies deutet auf eine weitere Abschwächung des Wachstums im Jahr 2015 hin.

3.1 Entwicklungen im Jahr 2014

3.1.1 Entwicklung der Bilanzen

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz nahm 2014 gegenüber dem Vorjahr um CHF 192,6 Mrd. auf CHF 3'041,7 Mrd. zu (+6,8%). Die Bilanzvergrößerung ist mehrheitlich auf den Anstieg von Kreditgut- haben der Grossbanken im Ausland zurückzuführen, deren Bilanzsumme insgesamt um CHF 138 Mrd. zugenommen hat. Auch ausländisch beherrschte Banken sowie die meisten inlandorientierten Banken trugen zur Verlängerung der Bilanzsumme bei.

Höhere Bilanzsumme infolge des Ausbaus des Auslandgeschäfts

Von 2008 bis 2013 hat sich die aggregierte Bilanzsumme der Grossbanken – mit einer Ausnahme im Jahr 2010 – jährlich verringert (total: -29,9%). Kam es im Jahr 2013 noch zu einer Verkürzung um 3,1 Prozent, nahm die Bilanzsumme im Jahr 2014 nun erstmals wieder zu (+10,4%). Der Anstieg der Bilanzpositionen bei den Grossbanken war namentlich durch den Fremdwährungseffekt auf den Auslandspositionen bedingt.

Trendumkehr bei den Bilanzen der Grossbanken

Die vor allem inlandorientierten Kantonalbanken, Regionalbanken und Sparkassen sowie Raiffeisenbanken verzeichneten im Jahr 2014 ebenfalls eine Zunahme der Bilanzsumme. Die aggregierte Bilanzsumme der Raiffeisenbanken nahm gegenüber dem Vorjahr um 7,0 Prozent, diejenige der Kantonalbanken um 5,5 Prozent und diejenige der Regionalbanken und Sparkassen um 2,4 Prozent zu. Bei den genannten Bankengruppen führte insbesondere das Wachstum der Hypothekarforderungen, wenngleich auch in tieferem Ausmass als im letzten Jahr, zu einer Verlängerung der Bilanz.

Anstieg der Bilanzsummen bei Kantonal-, Raiffeisen- und Regionalbanken und Sparkassen

Die Auslandsbanken verzeichneten im Jahr 2014 eine Verkürzung der Bilanzsumme um CHF 3,9 Mrd. auf CHF 353,5 Mrd., was einer Reduktion von 1,1 Prozent entspricht. Während die Bilanzsumme der ausländisch beherrschten Banken mehrheitlich aufgrund des Ausbaus von Auslandspositionen um CHF 15,5 Mrd. angestiegen ist, verzeichnete die Bilanzsumme der Filialen ausländischer Banken einen Rückgang um CHF 19,4 Mrd. Die zweite Bankengruppe, die im Jahr 2014 eine verkürzte Bilanz auswies, war die Gruppe der Privatbankiers. Bei dieser Gruppe reduzierte sich die Bilanz um CHF 58,2 Mrd. auf CHF 7,4 Mrd. (-88,7%). Diese Reduktion ist auf die Umteilung von vier Privatbanken zur Bankengruppe der «Übrigen Banken» zurückzuführen, die entsprechend einen starken Anstieg gegenüber dem Vorjahr (+22,8%) verzeichnete.

Bilanzsumme der Auslandsbanken und Privatbankiers gesunken

Die in- und ausländischen Hypothekarforderungen erhöhten sich 2014 gegenüber dem Vorjahr um 3,9 Prozent auf CHF 918,5 Mrd. Damit blieben die Hypothekarforderungen auch 2014 mit einem Anteil von rund 30,0 Prozent der bedeutendste Aktivposten der Banken in der Schweiz.

Hypothekarforderungen nehmen die grösste Aktivposition ein

Bilanzsumme nach Bankengruppen

	Anzahl Institute		Bilanzsumme (Mrd. CHF)		Entwicklung Bilanzsumme	
	2013	2014	2013	2014	2013	2014
Kantonalbanken	24	24	495,6	522,6	2,8%	5,5%
Grossbanken	2	2	1'322,3	1'460,2	-3,1%	10,4%
Regionalbanken und Sparkassen	64	63	106,4	109,0	2,0%	2,4%
Raiffeisenbanken	1	1	173,6	185,7	5,4%	7,0%
Auslandbanken	120	118	357,4	353,5	-12,0%	-1,1%
Privatbankiers	11	7	65,6	7,4	6,3%	-88,7%
Übrige Banken	61	60	328,3	403,3	68,8%	22,8%
davon Vermögensverwaltungsbanken	47	47	140,0	206,7	11,7%	47,7%
Total	283	275	2'849,2	3'041,7	2,6%	6,8%

Quelle: SNB

Mit einem Anteil von 21,5 Prozent an den gesamten Aktiven legte auch der zweitgrösste Posten, die (übrigen) Forderungen gegenüber Kunden, zu. Diese erhöhten sich 2014 um CHF 88,2 Mrd. auf CHF 652,9 Mrd. (+15,6%). Der Grund für die starke Zunahme war auf Kredite ans Ausland zurückzuführen, die sich um 23,7 Prozent beziehungsweise CHF 92,2 Mrd. auf CHF 481,3 Mrd. erhöhten. Hauptgrund war der Anstieg der Kredite an Unternehmen im Ausland. Gestiegen waren vor allem Auslandsforderungen in US-Dollar, wobei die Höherbewertung des US-Dollars (CHF/USD +11,1%) wesentlich dazu beitrug. Der Zuwachs im Ausland entfiel massgeblich auf die Grossbanken (+ CHF 76,8 Mrd. auf CHF 357,8 Mrd.) und die ausländisch beherrschten Banken (+ CHF 6,4 Mrd. auf CHF 74,1 Mrd.). Die Forderungen gegenüber Banken nahmen im Jahr 2014 um CHF 13,8 Mrd. auf CHF 447,6 Mrd. ab (-3%).

Zunahme der übrigen Forderungen gegenüber Kunden

Die flüssigen Mittel nahmen um CHF 26,5 Mrd. auf CHF 425,9 Mrd. (+6,7%) zu, was zu einem grossen Teil auf flüssige Mittel im Ausland, meistens in der Form von Sichtguthaben bei ausländischen Notenbanken, entfiel. Der relativ kleine Posten der Forderungen aus Geldmarktpapieren nahm 2014 um deutliche CHF 9,6 Mrd. auf CHF 29,2 Mrd. ab. Seit 2010 reduzierte sich dieser Aktivposten um mehr als drei Viertel (-79,6%), was insbesondere auf den stark verminderten Bestand an Papieren ausländischer Emittenten – getrieben durch das ausserordentlich tiefe Zinsniveau – zurückzuführen ist.

Zunahme der flüssigen Mittel

Bei der Zusammensetzung der Aktiven gab es zwischen 2005 und 2014 markante Veränderungen. Die flüssigen Mittel verzeichneten zwischen 2005 und 2014 eine enorme Zunahme. Während deren Bestand 2005 bei CHF 17,3 Mrd. lag, umfasste er per Ende 2014 CHF 425,9 Mrd. Zur starken Zunahme trugen mehrere Faktoren bei: Zum einen waren die Interventionen der SNB zur Bekämpfung der Frankenstärke ausschlaggebend. Beim Verkauf von ausländischen Devisen schreibt die SNB den Gegenwert in Schweizer Franken den Girokonten der Gegenpartei gut. Zum anderen diente während der Finanzkrise und den Problemen auf dem Interbankenmarkt die hohe Liquidität als notwendiges Sicherheitspolster. Ausserdem waren durch die tiefen Zinsen die Opportunitätskosten der Liquiditätshaltung relativ klein, weshalb die Banken viel Liquidität auf den Girokonten bei der SNB deponierten. Die Banken haben ihre Giroguthaben bei der SNB von rund CHF 40 Mrd. im Jahr 2010 auf CHF 302 Mrd. im Jahr 2013 ausgedehnt. 2014 nahmen die Giroguthaben auf CHF 309,1 Mrd. (+2,2%) zu, wobei die Zunahme deutlich weniger stark ausfiel als in den Jahren zuvor (2012: +54,2%, 2013: +12,4%). Weiter erneuerte die

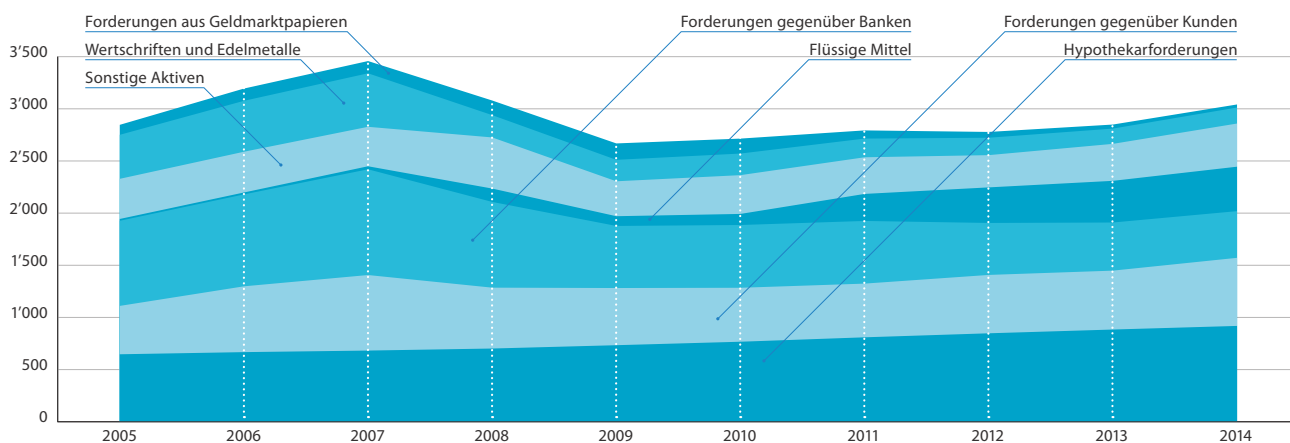
Grundlegende Veränderungen bei der Zusammensetzung der Aktiven seit 2005

SNB auslaufende Repos⁵ und SNB Bills⁶ nicht mehr und kaufte ausstehende SNB Bills zurück, bis der angestrebte Girobestand erreicht wurde. Aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Lage deponierten die Banken während der Finanzkrise ihre Überschussliquidität vermehrt bei der SNB, selbst wenn die deponierten Mittel nur sehr gering verzinst wurden. Kontinuierlich zugenommen haben zwischen 2005 und 2014 auch die in- und ausländischen Hypothekarforderungen (+42%, von CHF 646,8 Mrd. auf CHF 918,6 Mrd.). Ihr Anteil an den gesamten Aktiven hat sich von 24,0 Prozent auf heute 30,0 Prozent erhöht. Grund dafür ist das anhaltend tiefe Zinsumfeld und die hohe Nachfrage nach Immobilien. 2005 machten die Forderungen gegenüber Banken 29,0 Prozent aus, gemessen an den Gesamtaktiven. 2014 lag der Anteil noch bei 14,7 Prozent (2005: CHF 816 Mrd., 2014: CHF 447,6 Mrd.). Dies hat vor allem damit zu tun, dass die Banken ihre Bilanzen bewusst verkürzten (Deleveraging), indem sie die Verflechtungen mit anderen Banken reduzierten. In der Vergangenheit war diese Reduktion vor allem durch den nur erschwert funktionierenden Interbankenmarkt getrieben. Im selben Zeitraum 2005 bis 2014 verzeichneten die Handelsbestände in Wertschriften und Edelmetallen eine Abnahme um 63,6 Prozent (2005: CHF 422 Mrd., 2014: CHF 153,6 Mrd.). Ihr Anteil an den Gesamtaktiven ist von 14,8 Prozent auf 5,0 Prozent gefallen. Diese stetige Reduktion widerspiegelt die anhaltenden strategischen Bemühungen der Banken, ihre Bilanzen zu verkürzen bzw. die risikogewichteten Aktiva zu reduzieren.

Abb. 6

Zusammensetzung der Aktiven

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

Die aggregierten Kundengelder, welche die Einlagen in Spar- und Anlageform, Sichteinlagen und Termineinlagen umfassen, stiegen 2014 abermals an (+5,7%). Die Verpflichtungen gegenüber Kunden auf Sicht, die mit einem Anteil von 29,0 Prozent grösste Passivposition, nahmen um 5,6 Prozent auf CHF 873,5 Mrd. zu. Die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform nahmen ebenfalls zu (+6,2%). Auch die Termineinlagen sowie insbesondere die Anleihen und Pfandbriefdarlehen nahmen im Jahr 2014 um 4,4 beziehungsweise um 15,9 Prozent zu. Aufgrund von Zinssenkungen einiger Banken auf den Sparkonten der Kunden, getrieben durch die anhaltende Tiefzinspolitik der SNB, wurden Termineinlagen sowie Anleihen oder Pfandbriefdarlehen wieder als Ergänzung zu Spareinlagen berücksichtigt. Insbesondere verzeichneten die Obligationen, Options- und Wandelanleihen ein starkes Wachstum (+19,2%). Die Verpflichtungen gegenüber Banken setzten ihren langjährigen Trend fort und reduzierten sich um 3,2 Prozent auf CHF 421,2 Mrd.

Steigende Kundengelder auf der Passivseite im Jahr 2014

- ⁵ Beim Repogeschäft verkauft der Geldnehmer Wertpapiere an den Geldgeber und verpflichtet sich gleichzeitig dazu, Wertpapiere gleicher Gattung und Menge zu einem späteren Zeitpunkt zurückzukaufen. Dieses wichtige geldpolitische Instrument dient der SNB zur Steuerung der Liquidität am Geldmarkt.
- ⁶ Schuldverschreibungen der SNB mit Laufzeit bis zu einem Jahr, welche seit 2007 Teil des geldpolitischen Instrumentariums sind und der Steuerung der Giro Guthaben zur Abschöpfung von Liquidität dienen.

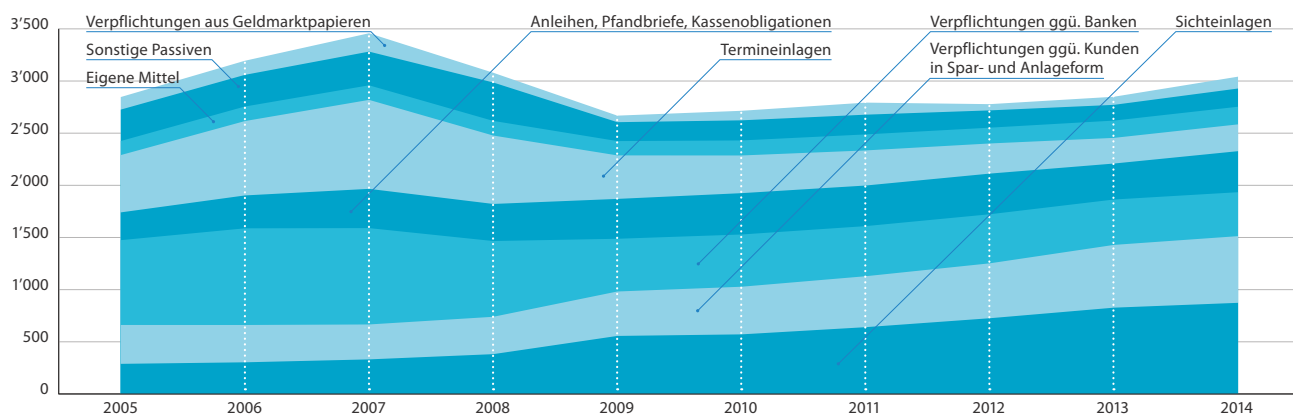
Die Verpflichtungen gegenüber Banken, 2005 mit 28,6 Prozent anteilmässig noch der grösste Passivposten, nahmen seither um 48,2 Prozent auf CHF 421,2 Mrd. ab. Dies zeigt, dass die Bankenverflechtungen – insbesondere im Inland – abgenommen haben. Die aufgrund des tiefen Zinsniveaus erfolgten Umschichtungen von Termin- hin zu Sichteinlagen sind in Abbildung 7 ersichtlich. So nahmen die Sichteinlagen zwischen 2005 und 2014 von CHF 288,5 Mrd. auf CHF 873,5 Mrd. zu. Ihr Anteil an den Gesamtpassiven stieg von 10,0 Prozent auf 29,0 Prozent. Damit stellten sie per Ende 2014 die grösste Passivposition dar. Gleichzeitig sank der Anteil der Termineinlagen von 17,0 Prozent auf 8,4 Prozent. Die Abnahme der Termineinlagen war jedoch im Jahr 2014 mit -2,8 Prozent nicht mehr so stark wie in den Jahren zuvor.

Zusammensetzung der Passiven über die Zeit: abschwächender Trend der zinsbedingten Umschichtungen

Abb. 7

Zusammensetzung der Passiven

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

3.1.2 Entwicklung des inländischen Kreditgeschäfts

Das Kreditgeschäft der Banken ist ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz. Während der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise ist es in diversen europäischen Ländern wie Frankreich oder Grossbritannien zu einer starken Drosselung der Kreditvergabe gekommen. Dagegen unterstützten die Banken in der Schweiz auch zu dieser Zeit die hiesige Wirtschaft stets ausreichend mit Krediten.

Kreditvergabe auch während der Finanzkrise intakt

Das total ausstehende inländische Kreditvolumen betrug im Jahr 2014 CHF 1'072,5 Mrd. Davon stammten CHF 171,6 Mrd. aus gedeckten und ungedeckten Forderungen gegenüber Kunden (Unternehmen, öffentliche Körperschaften und Konsumkredite) und CHF 900,9 Mrd. aus Hypothekarforderungen. Wie in Abbildung 8 ersichtlich, haben über die letzten Jahre vor allem die Hypothekarkredite zum konstanten Wachstum des inländischen Kreditvolumens beigetragen. Die ausstehenden ungedeckten Kredite, die eine hohe Volatilität aufweisen, haben 2014 um 6,8 Prozent abgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr nahm das gesamte inländische Kreditvolumen im Jahr 2014 um 2,6 Prozent zu. Das Wachstum der inländischen Hypothekarkredite fiel 2014 mit 3,6 Prozent geringer aus als in den beiden Jahren zuvor (2012: 4,6%, 2013: 4,2%).

Anstieg des Kreditvolumens im Inland

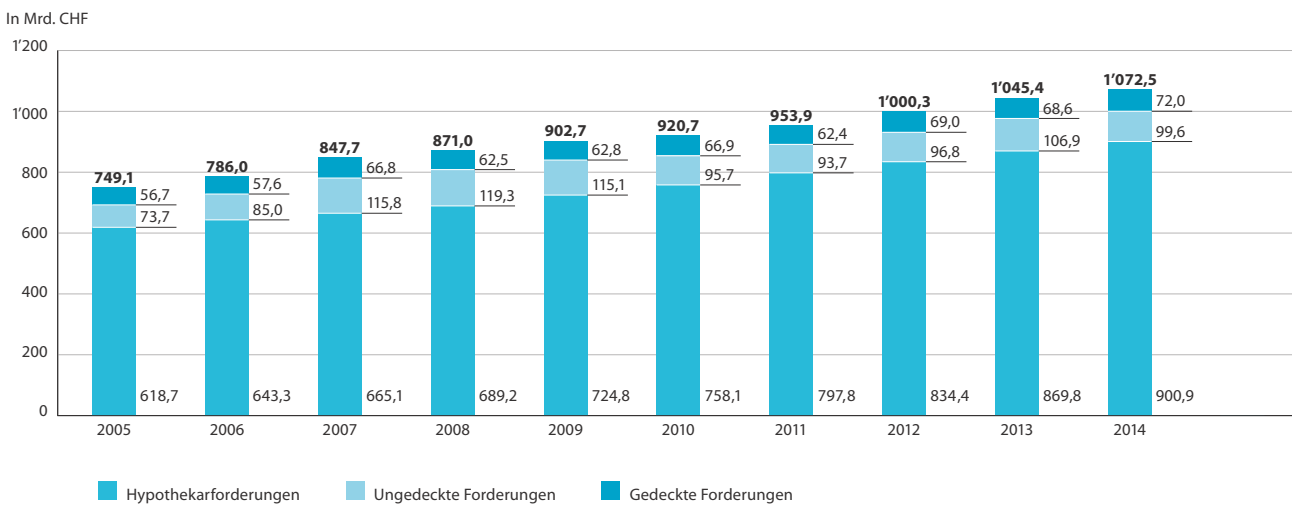
Die Banken haben ihre Selbstregulierung im Bereich des Hypothekarkreditgeschäfts in den letzten Jahren mehrmals angepasst. Per 1. September 2014 traten die von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht

Anpassung des aufsichtsrechtlichen Mindeststandards im Hypothekarkreditgeschäft

FINMA revidierten Richtlinien im Hypothekarbereich in Kraft. Die Revision betrifft in erster Linie Verschärfungen im Bereich der Amortisation sowie Präzisierungen bezüglich des Begriffs der Eigenmittel. Neu sind die Hypothekarneher verpflichtet, die Hypothek innert 15 Jahren auf zwei Drittel des Belehnungswertes zu amortisieren. Ausserdem sind Zweiteinkommen nur bei Solidarschuldnerschaft anrechenbar und das Niederstwertprinzip bei der Bewertung der Immobilien wurde eingeführt.⁷ In der vorangehenden Revision wurde verfügt, dass die Hypothekarneher neu einen Mindestanteil von 10,0 Prozent des Belehnungswertes an Eigenmitteln einbringen müssen, welche nicht aus dem Guthaben der 2. Säule stammen dürfen. Diese Massnahmen sollen wesentlich zur Beruhigung am Immobilien- und Hypothekarkreditmarkt beitragen.

Abb. 8

Inländisches Kreditvolumen



Die gesamthaft ausstehenden Hypothekarkredite erhöhten sich im Jahr 2014 um 3,9 Prozent auf CHF 918,5 Mrd. Die grosse Mehrheit davon (CHF 900,9 Mrd.) stammt von inländischen Kunden. Wiederum 75,0 Prozent sind Hypothekarforderungen, die an private Haushalte vergeben wurden.⁸ Das nach wie vor tiefe Zinsniveau trug dazu bei, dass der Wachstumstrend der inländischen Hypothekarforderungen anhielt (+3,6%), wobei die Zunahme 2014 nicht so stark ausfiel wie im Vorjahr. Die in der Schweiz getroffenen Massnahmen, darunter die früher erwähnte Verschärfung der Selbstregulierung, trugen zur sanften Abkühlung des Hypothekarmarktes bei. Der Anteil der festverzinslichen Hypothekarkredite an den ausstehenden Hypothekarkrediten betrug im Jahr 2014 86,6 Prozent. Der durchschnittliche Zinssatz der ausstehenden inländischen Hypothekarforderungen sank im Jahr 2014 nochmals von 2,02 auf 1,89 Prozent.

Private Haushalte beanspruchen 2014 drei Viertel der gesamten Hypothekarforderungen

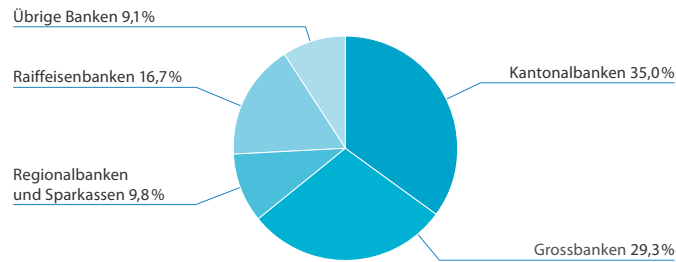
Der Marktanteil der Kantonalbanken am inländischen Hypothekarkreditvolumen betrug Ende 2014 etwas mehr als ein Drittel. Dahinter folgen die beiden Grossbanken mit 29,3 Prozent (siehe Abbildung 9). Über die letzten Jahre haben vor allem die Raiffeisenbanken sowie die «Übrigen Banken» Marktanteile im inländischen Hypothekarkreditmarkt gewonnen, während vor allem die Grossbanken sowie die Regionalbanken und Sparkassen weniger stark gewachsen sind.

Kantonalbanken – grösster Anteil am inländischen Hypothekarmarkt

⁷ SBVg (2014).

⁸ Gemäss Bankenstatistischem Monatsheft der SNB. Eine genaue Aufgliederung ist aufgrund der unterschiedlichen Erfassungsmethode nicht möglich.

Marktanteile inländischer Hypothekarkreditmarkt



Quelle: SNB

Aufgegliedert nach Belehnungsgruppen betrug der Anteil der inländischen Hypothekarforderungen im ersten Rang im Jahr 2014 91,6 Prozent. Die Belehnungsgruppe «erster Rang» umfasst Hypothekarforderungen bis zu zwei Dritteln des Verkehrswertes der jeweiligen Immobilie. Dieser Wert lag im Vorjahr bei 91,5 Prozent. Zwischen den verschiedenen Bankengruppen können dabei keine relevanten Unterschiede festgestellt werden. Der hohe Anteil des Hypothekarkreditvolumens im ersten Rang weist auf die vorsichtige Vergabe im Bereich der Hypothekarkredite hin.

Hypothekarkredite im ersten Rang deutlich stärkste Belehnungsgruppe

Konsumkredite haben in der Schweiz nach wie vor eine geringe Bedeutung. Insgesamt waren per Ende 2014 546'883 Kredite mit einem Volumen von CHF 7,3 Mrd. ausstehend. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Reduktion von 1,0 Prozent.

Sinkende Nachfrage nach Konsumkrediten

3.2 Entwicklungen im Jahr 2015

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2015 hat die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz deutlich um 3,3 Prozent auf CHF 3'233,4 Mrd. zugenommen.⁹ Der wichtigste Aktivposten setzte den Vorjahrestrend in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres fort. So sind die Hypothekarforderungen um 1,2 Prozent auf 939,8 Mrd. angestiegen. Die übrigen Forderungen gegenüber Kunden verzeichneten im ersten Quartal einen Rückgang von 2,7 Prozent. Die flüssigen Mittel sind um 6,2 Prozent gestiegen und die Forderungen aus Geldmarktpapieren gesunken (-14,5%). Die Forderungen gegenüber Banken sind im Gegensatz zum Jahr 2014 im ersten Quartal 2015 um 12,0 Prozent stark angestiegen. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass Geschäftsbanken, die mehr Liquidität als die seit Januar 2015 geltenden Freibeträge halten, ihre überschüssige Liquidität gegen eine Gebühr auf Banken transferieren, die unter dem Freibetrag liegen.

Anstieg der Bilanzsumme

Auf der Passivseite haben vor allem die Termineinlagen aus Verpflichtungen gegenüber Banken nach stetigem Abwärtstrend von CHF 334 Mrd. auf CHF 425 Mrd. (+27,3%) markant zugenommen. Der Anstieg der Verpflichtungen gegenüber Banken kann auf die Umstrukturierung des UBS-Konzerns zurückgeführt werden. Zu den Erhebungen der SNB kommen neu die Interbankenbeziehungen zwischen den beiden UBS Gesellschaften UBS AG und UBS Switzerland dazu. Die Anleihen und Pfandbriefdarlehen nahmen leicht um 2,2 Prozent zu, hingegen verzeichnete die Position Kassenobligationen im ersten Quartal 2015 einen Rückgang von 3,2 Prozentpunkten.

Kehrtwende bei Verpflichtungen gegenüber Banken

⁹ Die Daten für das laufende Jahr beruhen auf dem statistischen Monatsheft der SNB. Dieses erfasst nicht alle Banken in der Schweiz, dafür integriert es zusätzlich die liechtensteinischen Banken, welche zum CHF-Währungsraum gehören. Die Daten sind daher nicht identisch mit denjenigen per Ende 2014, welche auf der SNB-Publikation «Die Banken in der Schweiz» und somit auf Vollerhebungen basieren.

Über die ersten fünf Monate des Jahres 2015 wuchs das total ausstehende inländische Kreditvolumen um 0,4 Prozent. Die gedeckten Forderungen sowie die ungedeckten Forderungen nahmen im ersten Quartal mit 4,2 bzw. 3,7 Prozent ab.

Weiter abgeschwächter Anstieg bei Vergabe von Hypothekarkrediten

Nebst den verschärften Selbstregulierungsmassnahmen der Banken (vgl. Kapitel 3.1.2) vermindert auch der Entscheid der SNB, die Leitzinsen weiter drastisch zu senken, das Hypothekargeschäft der Banken. Einerseits haben sie im ersten Halbjahr 2015 die Zinsen unter anderem wegen erhöhtem Bedarf nach Zinsabsicherung für langfristige Hypothekarzinsen erhöht, wodurch die Nachfrage sinken sollte. Andererseits dürften die Banken zurückhaltender beim Gewähren von lang laufenden Festhypotheken agieren, was das Angebot schmälert.

SNB-Entscheid beeinflusst Hypothekargeschäft der Banken

4 Vermögensverwaltung

Die Banken in der Schweiz verwalteten insgesamt per Ende 2014 Vermögen in der Höhe von CHF 6'656 Mrd. Dies entspricht einer Zunahme von CHF 518 Mrd. gegenüber dem Vorjahr. Das Wachstum basiert auf einer Zunahme der Wertschriftenbestände, der Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform sowie der Termineinlagen. Die Wertschriftenbestände sowie die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform nahmen dabei stärker zu als die Termineinlagen. Das ausländische Kundenvermögen liegt mit einem Anteil von 51,1 Prozent an den verwalteten Vermögen in der Schweiz auf einem mit dem Vorjahr vergleichbaren Stand. Die Schweiz bleibt Weltmarktführerin im grenzüberschreitenden Private Banking: Rund 25,0 Prozent des weltweit grenzüberschreitend verwalteten Vermögens wird in der Schweiz verwaltet.

Verwaltete Vermögen im Wert von CHF 6'656 Mrd

Definition «verwaltete Vermögen»

Gemäss der FINMA zählen zu den verwalteten Vermögen alle Anlagewerte, für die Anlageberatungs- und/oder Vermögensverwaltungsdienstleistungen erbracht werden und beschränken sich nicht auf die Wertschriftenbestände. Zu den verwalteten Vermögen werden demzufolge die folgenden Positionen gezählt: Wertschriftenbestände in Kundendepots, Treuhandanlagen, Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform sowie Verpflichtungen gegenüber Kunden auf Zeit.¹⁰

Definition «Treuhandgelder»

Treuhandgelder werden von der Bank in ihrem eigenen Namen, jedoch im Auftrag und auf Rechnung sowie Gefahr des Kunden getätigt oder gewährt. Treuhandgelder umfassen Transaktionen mit beispielsweise Krediten, Anlagen oder Beteiligungen.

¹⁰ Die für die SNB-Statistik massgebliche Erhebungsstufe für Wertschriftendepots und Treuhandanlagen umfasst die Filialen der Banken in der Schweiz, nicht jedoch die ausländischen Niederlassungen. Insofern repräsentieren die konsolidierten Zahlen den Bankenplatz Schweiz im engeren Sinne. Dies gilt jedoch nicht für die in der Bilanz ausgewiesenen Kundeneinlagen, bei denen auch die Niederlassungen im Ausland einbezogen werden. Dieser Unterschied wird jedoch bei der Berechnung ausser Acht gelassen.

Im Jahr 2014 nahmen die Wertschriftenbestände in Kundendepots gegenüber 2013 deutlich zu. Sie erhöhten sich um 9,2 Prozent auf CHF 5'644,9 Mrd. Wie schon im letzten Jahr waren steigende Börsenkurse der Schlüsselfaktor dieser Zunahme. Der SMI beispielsweise verzeichnete einen Anstieg um 9,7 Prozent im Jahr 2014. Die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform nahmen von CHF 601,7 Mrd. auf CHF 639,5 Mrd. zu (+6,3%). Die Treuhandgelder, welche vor allem am Geldmarkt angelegt werden, nahmen wie schon in den Jahren zuvor ab und betrugen Ende 2014 noch CHF 115,1 Mrd. (-4,6%). Grund dafür ist das nach wie vor tiefe Zinsniveau. Die Termineinlagen stiegen im Jahr 2014 um 4,4 Prozent auf CHF 257 Mrd. an.

4.1 Entwicklungen im Jahr 2014

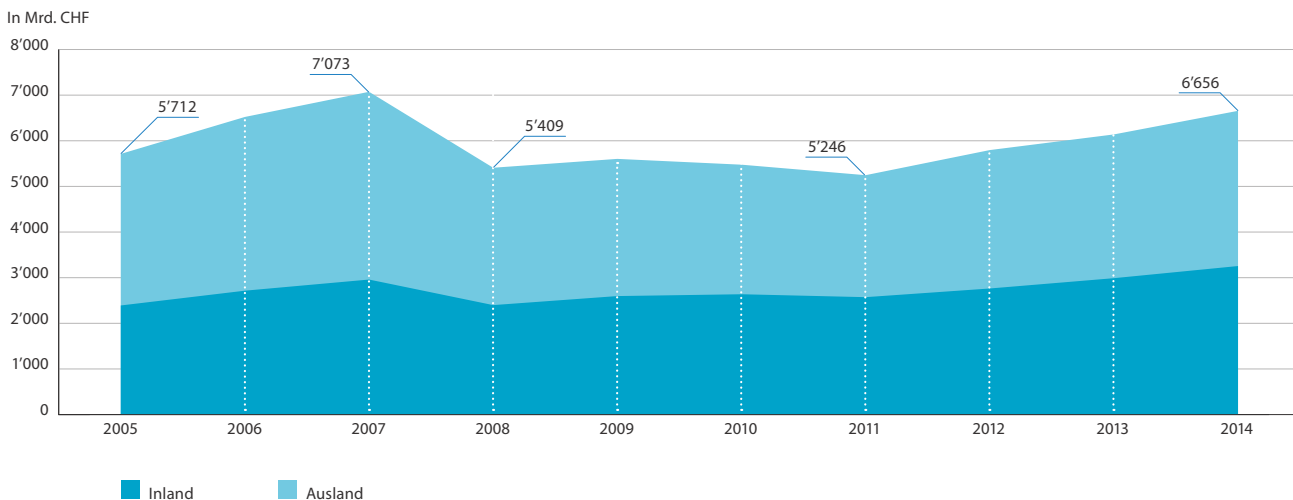
Die von Banken in der Schweiz verwalteten Vermögen nahmen zwischen 2005 und 2014 um insgesamt CHF 945 Mrd. (+16,5%) zu. Bis kurz vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise verzeichneten die verwalteten Vermögen einen starken Anstieg und erreichten während der Börsenhausse 2007 mit CHF 7'073 Mrd. ihren Höhepunkt. Bei Ausbruch der Krise 2008 erlitten insbesondere die Wertschriftenbestände in Kundendepots der Banken aufgrund der stark gesunkenen Börsenindizes grosse Verluste. Innert Jahresfrist führte dies zu einem drastischen Rückgang der verwalteten Vermögen um 23,5 Prozent auf CHF 5'409 Mrd. Zwischen 2008 und 2011 stagnierten die verwalteten Vermögen, seit 2011 werden jedoch wieder wachsende Bestände verzeichnet.

Verwaltete Vermögen: seit 2011 wieder zunehmend

Der Vermögensanteil von ausländischen Privatkunden nahm zwischen 2005 und 2014 von 59,0 Prozent auf 51,1 Prozent ab. Dies dürfte darauf zurückgeführt werden, dass ausländische Kunden in der Regel höhere Depotwerte in Euro oder US-Dollar aufweisen, welche aufgrund der Abwertung dieser Währungen einen Wechselkursverlust gegenüber dem Franken erlitten. Ein weiterer Grund dürfte die Regularisierung von Altvermögen und die damit verbundene Steuerbegleichung ausländischer Privatkunden sein. Die Vermögenszuflüsse von ausländischen Kunden bleiben ein wichtiger Bestandteil des hiesigen Finanzplatzes.

Abb. 10

In der Schweiz verwaltete Vermögen nach Herkunft der Kunden



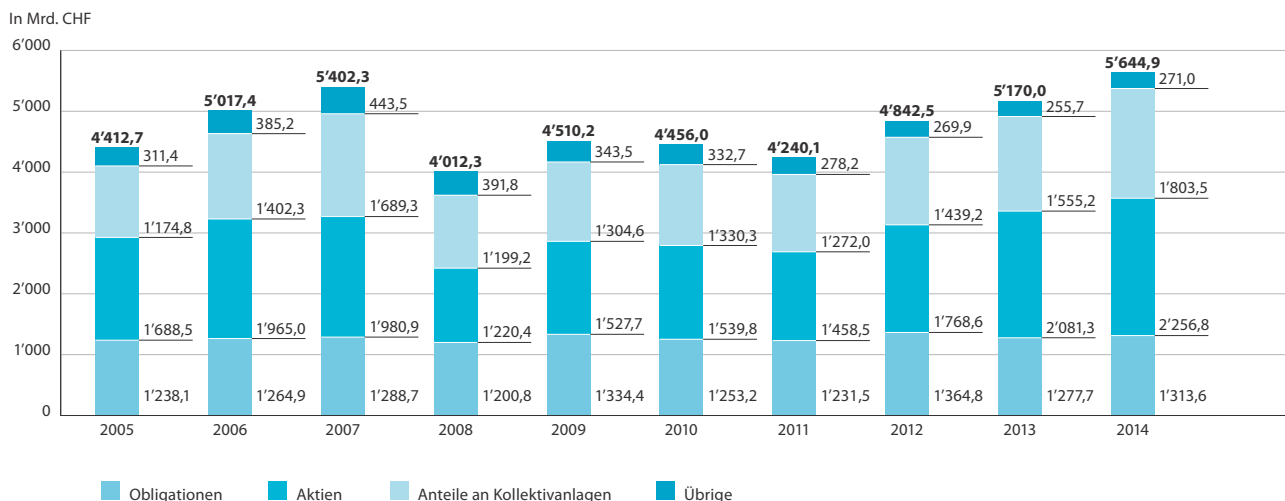
Quelle: SNB

Die Wertschriftenbestände in Kundendepots nahmen 2014 um CHF 474,9 Mrd. auf CHF 5'644,9 Mrd. zu (+9,2%). Dazu trug insbesondere die positive Entwicklung an den Börsen bei. Somit haben die Depotbestände im Jahr 2014 erstmals den im Jahr 2007 erreichten Höchstwert von CHF 5'402,3 Mrd. überstiegen.

Anstieg der Wertschriftenbestände um 9,2 Prozent

Abb. 11

Wertschriftenbestände in Kundendepots nach Art



Die lockere Geldpolitik der bedeutendsten Zentralbanken sowie die fehlenden Anlagealternativen zu Aktien haben den Schweizer Börsenindizes 2014 abermals Aufwind verliehen. Die Aktienbestände in den Kundendepots der Banken erhöhten sich jedoch nicht mehr ganz so stark wie im Jahr 2013 und wiesen eine Zunahme von 8,4 Prozent auf (2013: +17,7 %). Per Ende 2014 beliefen sich die Aktienbestände auf CHF 2'256,8 Mrd. Aktien stellen mit einem Anteil von rund 40,0 Prozent die bedeutendste Position der Wertschriftenbestände dar.

Zunahme der Aktienbestände

Die kollektiven Kapitalanlagen, hauptsächlich bestehend aus Anlagefonds, sind mit 31,9 Prozent die zweitgrösste Wertschriftenkategorie. Sie verzeichneten 2014 einen starken Anstieg um 16,0 Prozent auf CHF 1'803,5 Mrd. Weil Aktienfonds den grössten Anteil an den kollektiven Kapitalanlagen ausmachen (39,0 % per Ende 2014), dürfte dieser Anstieg auf die Hausse an den Aktienmärkten zurückzuführen sein. Die kollektiven Kapitalanlagen in Depots haben sich mit +16,1 bzw. +15,9 Prozent bei in- und ausländischen Kunden ähnlich entwickelt.

Steigende Nachfrage nach kollektiven Kapitalanlagen

Nachdem die Bestände der Obligations 2013 abgenommen hatten, verzeichneten sie 2014 wieder eine Zunahme. Insgesamt nahmen die Obligations von CHF 1'277,7 Mrd. auf 1'313,6 Mrd. zu (+2,8 %). Dabei sind Obligationsbestände der inländischen Kunden stärker gewachsen als die Bestände ausländischer Kunden (+4,5 % bzw. +0,8 %). Das Wachstum der Obligationsbestände ist bei den inländischen sowie den ausländischen Kunden auf die Anlagevorschriften institutioneller Anleger zurückzuführen. Nebst der höheren Nachfrage erklärt sich die Zunahme auch durch die Höherbewertung der Obligations aufgrund der Zinssenkungen. Obligations stellen mit einem Anteil von 23,3 Prozent die drittgrösste Anlageklasse in Kundendepots dar.

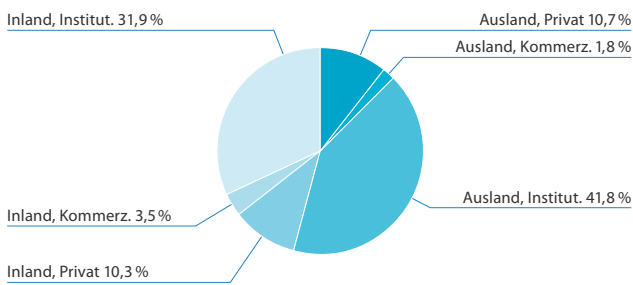
Zunahme der Obligations

Die institutionellen Kunden wiesen 2014 sowohl bei in- als auch bei ausländischen Kunden die grössten Depotbestände auf (31,9% bzw. 41,8% an den gesamten Depotbeständen). Sowohl ausländische wie inländische institutionelle Anleger haben seit 2011 ihre Depotbestände erhöht (+57,0% bzw. +36,3%). Darauf folgten in- und ausländische private Anleger mit fast identischen Anteilen (10,3% bzw. 10,7%). Während die Depotbestände ausländischer Privatkunden relativ konstant blieben, haben die von inländischen Privatkunden von CHF 480 Mrd. auf CHF 580 Mrd. zugenommen (+20,8%).

Institutionelle Kunden halten grösste Depotbestände, schwindende Bedeutung des Euro

Abb. 12

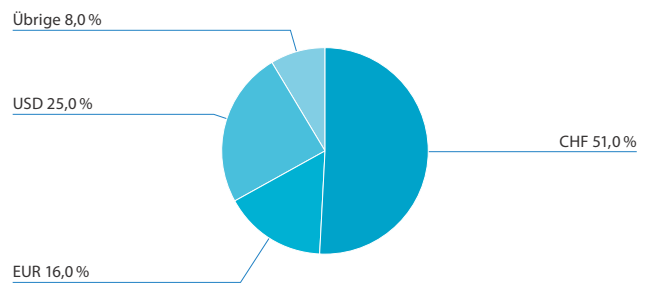
Depotbestände nach Kunden Ende 2014



Quelle: SNB

Abb. 13

Depotbestände nach Währungen Ende 2014



Quelle: SNB

Die Bedeutung des Euros als Anlagewährung hat 2014 weiter abgenommen. Folglich reduzierte sich der Anteil der Euro-Anlagen an den gesamten Wertschriftenbeständen um 2,0 Prozentpunkte auf 16,0 Prozent. Im Jahr 2009 lag dieser Wert noch bei 25,0 Prozent. Depotbestände in US-Dollar konnten 2014 zulegen und liegen mit einem Anteil von 25,0 Prozent 3,0 Prozentpunkte höher als noch im Vorjahr. Die mit Abstand bedeutendste Anlagewährung ist mit 51,0 Prozent der Schweizer Franken.

Das anhaltend tiefe Zinsniveau führte seit 2008 zu Umschichtungen bei bilanziellen Kundengeldern. Per Ende 2014 beliefen sich die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform auf CHF 639,5 Mrd. Dies entspricht einem Wachstum von 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt 92,5 Prozent der Kundeneinlagen in Spar- und Anlageform stammten 2014 von inländischen Kunden. Zu diesen Geldern gehören unter anderen die Positionen Freizügigkeitskonten (2. Säule) und gebundene Vorsorge (3. Säule). Die Verpflichtungen gegenüber Kunden auf Zeit (Termineinlagen) stiegen um 10,8 Mrd. auf CHF 257 Mrd. Mit 73,5 Prozent entfiel bei den Termineinlagen die Mehrheit auf ausländische Kunden.

Verpflichtungen in Spar-/Anlageform und Termineinlagen: Anstieg bei den Termineinlagen

Die von Banken in der Schweiz verwalteten Treuhandgelder verringerten sich 2014 um CHF 5,6 Mrd. auf CHF 115,1 Mrd. (-4,6%). 2007 betrug die Treuhandgelder noch CHF 482,9 Mrd. und nahmen seitdem schrittweise ab. Durch das andauernde tiefe Zinsniveau haben die Treuhandgelder, welche meist in Geldmarktanlagen investiert werden, stark an Attraktivität eingebüsst.

Starker Rückgang bei den Treuhandgeldern seit 2007

Der Schweizer Bankensektor konnte im Jahr 2014 von einer ausgeprägten Kapitalmarktentwicklung sowie von Zuflüssen aus Schwellenländern und Transitionsländern Europas profitieren. Insgesamt haben diese Zuflüsse den Rückgang der verwalteten Privatvermögen aus Westeuropa und den USA mehr als kompensiert. Ein zentraler Aspekt für den Rückgang der Vermögen

Zuflüsse aus Schwellenländern übersteigen Abflüsse

aus Westeuropa dürfte die Regularisierung von Altvermögen und die damit verbundene Steuerbegleichung darstellen. Gleiches gilt für die bereits vor 2014 stark zurückgegangenen US-Vermögen in der Schweiz. Gemäss der Boston Consulting Group bleibt der Schweizer Bankensektor mit 25,0 Prozent Anteil am weltweit grenzüberschreitenden Private Banking Weltmarktführer.¹¹

4.2 Entwicklungen im Jahr 2015

Per Ende Mai 2015 verwalteten die Banken in der Schweiz Vermögen in der Höhe von CHF 6'628 Mrd., was gegenüber Ende 2014 einer Zunahme von 0,6 Prozent entspricht.¹² Die Wertschriftenbestände haben in den ersten Monaten 2015 zugenommen und beliefen sich per Ende Mai 2015 auf CHF 5'625 Mrd. Die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform konnten eine leichte Steigerung von 2,4 Prozentpunkten auf CHF 659,9 Mrd. verzeichnen. Hingegen sind die Termineinlagen sowie die Treuhandverpflichtungen von CHF 263,8 Mrd. beziehungsweise von CHF 116,9 Mrd. auf CHF 231,0 Mrd. beziehungsweise 112,5 Mrd. leicht gesunken. Dazu könnte auch die Aufhebung des Euro-Mindestkurses beigetragen haben, da ein Grossteil der ausländischen Termineinlagen, welche oft in Fremdwährung gehalten werden, durch die Währungsschwankungen beeinflusst werden.

Weitere Zunahme der verwalteten Vermögen

Trotz verschärften regulatorischen Rahmenbedingungen und der laufenden Aufarbeitung der Steuervergangenheit wird die Schweiz mittelfristig im globalen grenzüberschreitenden Private Banking führend bleiben. Zum jetzigen Zeitpunkt platzieren sich die aufstrebenden asiatischen Finanzcenter Hong Kong und Singapur mit einem Marktanteil von 16,0 Prozent an den grenzüberschreitend verwalteten Vermögen deutlich hinter der Schweiz. Mit einer prognostizierten jährlichen Wachstumsrate von 9,0 Prozent werden diese beiden Standorte im Jahr 2019 19,0 Prozent der grenzüberschreitenden Vermögen verwalten und damit deutlich stärker wachsen als die Schweiz, deren prognostizierte jährliche Wachstumsrate bei 4,5 Prozent liegt. Die Schweiz weist im Jahr 2014 als Weltmarktführerin einen Marktanteil von 25,0 Prozent aus.¹³ Es darf dem Schweizer Private Banking trotz attraktiven Standortfaktoren an Innovationen, wie beispielsweise im Bereich des digitalen Banking, in Zukunft nicht fehlen. Nur so wird sich die Schweiz gegen die rasant wachsenden Finanzplätze aus Asien behaupten können.

Wachsende Konkurrenz aus Asien

5 Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz

In Vollzeitäquivalenten betrug der inländische Personalbestand der Banken in der Schweiz im Jahr 2014 104'053 Mitarbeitende. Dies entspricht einer Abnahme gegenüber dem Vorjahr von 1'682 Stellen. Den grössten Teil zum Rückgang trugen die Grossbanken mit einer Stellenreduktion von 1'237 bzw. 3,3 Prozent bei. Die Auslandsbanken zählten 247 Stellen (-1,3%) weniger, was hauptsächlich auf Schliessungen und Übernahmen von Auslandsbanken zurückzuführen ist. Aufgrund der Umteilung von vier Banken der Bankengruppe Privatbankiers zu den «Übrigen Banken», verzeichnete die Gruppe der Privatbankiers eine starke Abnahme der Beschäftigungszahl (-3'569 Stellen bzw. -85,6%). Für das zweite Halbjahr 2015 zeigt die jährlich

¹¹ The Boston Consulting Group (2015).

¹² Die Daten für das laufende Jahr beruhen auf dem statistischen Monatsheft der SNB. Dieses erfasst nicht alle Banken in der Schweiz, dafür integriert sie zusätzlich die liechtensteinischen Banken, welche zum CHF-Währungsraum gehören. Die Daten sind daher nicht identisch mit denjenigen per Ende vergangenen Jahres, welche auf der SNB-Publikation «Die Banken in der Schweiz» und somit auf Vollerhebungen basieren.

¹³ BCG (2015).

durchgeführte Umfrage der SBVg eine gleichbleibende Beschäftigungsentwicklung. Diese Einschätzung teilen 69,8 Prozent der Umfrageteilnehmer. 19,1 Prozent erwarten eine Zunahme und 11,1 Prozent eine Abnahme ihres Personalbestandes.

Der Trend zur Konsolidierung im Bankensektor hält schon lange an. Einerseits ist die Reduktion der Anzahl Arbeitsplätze aufgrund der Realisierungen von Kostensenkungs- und Effizienzsteigerungsmassnahmen ein Dauerthema. Seit längerem schaffen international operierende Banken mehr Stellen im Ausland als im Inland. Die Einführung der Negativzinsen durch die SNB dürfte diesen Prozess beschleunigen. Andererseits passen sich die erforderlichen Qualifikationen der Bankangestellten laufend den durch die Anforderungen der Regulierungen und durch die Digitalisierung bedingten Entwicklungen an. Die Anpassung der Geschäftsmodelle an das digitale Bankengeschäft sowie die gestiegenen Compliance-Anforderungen haben die Nachfrage nach qualifiziertem Personal im ersten Halbjahr 2015 belebt.

Fortschreitender
Strukturwandel

5.1 Entwicklungen im Jahr 2014

Die Banken beschäftigten im Inland 104'053 Personen im Jahr 2014. Trotz der Reduktion um acht Institute nahm die Beschäftigungszahl im Vergleich zum Vorjahr nur moderat ab (-1,6%). Ebenfalls rückläufig waren die Löhne und Gehälter im Inland (-CHF 665 Mio. auf CHF 15,9 Mrd.). Dies dürfte in erster Linie mit Umstrukturierungen und Sparmassnahmen der Banken in Zusammenhang stehen.

Moderate
Beschäftigungsabnahme

Aufgrund der Rechtsformänderung der vier Privatbanken La Roche, Lombard Odier, Mirabaud und Pictet im Jahr 2014 kam es bei den Privatbankiers zu einer Netto-Abnahme der Beschäftigung im Inland um 3'569 Vollzeitstellen (-85,6%). Diese starke Reduktion der Gruppe der Privatbankiers ist der Umteilung der genannten Institute zu den «Übrigen Banken» zuzurechnen. Ende 2014 gab es in der Gruppe der Privatbankiers 598 Vollzeitstellen.

Umteilung von Banken

Der Personalbestand der Raiffeisenbanken hat sich im Jahr 2014 um 140 Stellen erhöht, was einer Zunahme von 1,7 Prozent entspricht. Zudem führte der Einbezug der vier Banken aus der Gruppe der Privatbankiers bei den «Übrigen Banken» insgesamt zu einem deutlichen Anstieg der Beschäftigten von 20,5 Prozent.

Zunahme bei «Übrigen
Banken» getrieben durch
Bankenumteilung

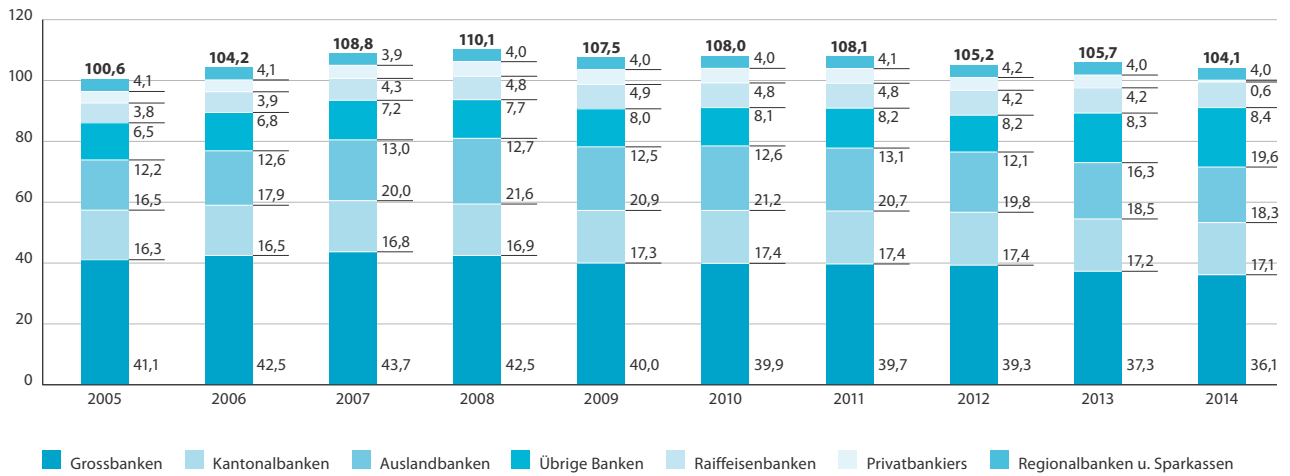
Die beiden Grossbanken UBS und Credit Suisse verzeichneten anzahlmässig den grössten Personalabbau. Sie reduzierten ihren Personalbestand in der Schweiz im Jahr 2014 um 1'237 Stellen (-3,3%). Diese Reduktion reflektiert die erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, welche entsprechende Anpassungen erforderlich machten. Die Regionalbanken und Sparkassen wiesen ebenso eine leichte Reduktion um 59 Stellen (-1,5%) auf. Auch die Beschäftigungszahl der Auslandsbanken nahm 2014 um 247 (-1,3%) Personen ab. Grund dafür ist unter anderem der Rückzug ausländischer Banken aus der Schweiz.

Grossbanken mit stärkstem
Personalabbau

Abb. 14

Personalbestand bei den Banken in der Schweiz (Inland)

in Tsd. Vollzeitäquivalenten



Quelle: SNB

Per Ende 2014 beschäftigten Schweizer Banken im Inland 38'531 Frauen. Der Anteil der weiblichen Mitarbeitenden blieb im Jahr 2014 gegenüber dem Jahr zuvor konstant bei 37,0 Prozent. Den höchsten Anteil wiesen wie bereits in den Vorjahren die Raiffeisenbanken mit 46,7 Prozent aus, gefolgt von den «Regionalbanken und Sparkassen» mit 45,3 Prozent.

Anteil der weiblichen Mitarbeitenden unverändert

Im Jahr 2014 betrug die Arbeitslosenrate im Schweizer Bankensektor gemäss dem Staatssekretariat für Wirtschaft SECO durchschnittlich 2,5 Prozent. Sie lag somit mehr als einen halben Prozentpunkt unter den Zahlen für die Gesamtwirtschaft von 3,2 Prozent.¹⁴

Im Vergleich tiefere Arbeitslosenrate im Bankensektor

5.2 Entwicklungen im Jahr 2015

Die jährlich von der SBVg durchgeführte Umfrage zur Personalentwicklung bei den Banken zeigt für das erste Halbjahr 2015 einen leichten Rückgang der Beschäftigung in der Schweiz. Sie reduzierte sich zwischen Ende 2014 und Juni 2015 um 236 Stellen (-0,3%). Von den antwortenden Banken wurden 3'844 Zugänge und 4'080 Abgänge gemeldet. Insgesamt darf der Personalbestand der Banken in der Schweiz angesichts der mannigfaltigen Herausforderungen als robust bezeichnet werden.

Leicht abnehmender Personalbestand im ersten Halbjahr 2015

Abb. 15

Personalbestand im Inland¹⁵

In Vollzeitäquivalenten	Stand am 31. Dez. 2014	Stand am 30. Juni 2015	Entwicklung im ersten Halbjahr 2015			
			Zugänge	Abgänge	Netto	In %
Inland	89'382	89'146	3'844	4'080	-236	-0,3%

Anmerkung:
Anzahl Antworten: 190

Quelle: Umfrage der SBVg 2015

¹⁴ SECO (2015).

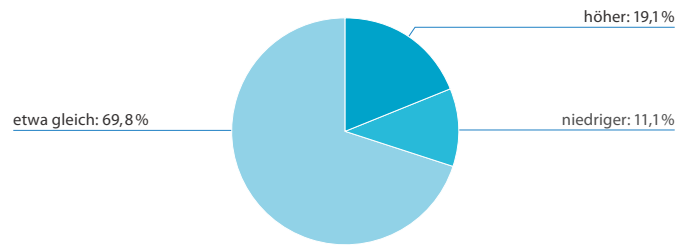
¹⁵ Der Personalbestand per Ende 2014 fiel in der Umfrage der SBVg tiefer aus als in der Statistik der SNB angegeben. Der Grund für diese Differenz liegt in der Rücklaufquote der SBVg-Umfrage. Die Umfrage wurde bei 234 Banken in der Schweiz durchgeführt. Die Rücklaufquote der Befragung lag bei 81,2 Prozent, welche 85,9 Prozent des Personalbestands von Banken in der Schweiz repräsentieren.

Für das zweite Halbjahr 2015 erwarten 69,8 Prozent der antwortenden Banken eine unveränderte Beschäftigung, was gegenüber der Vorjahresumfrage einer Zunahme von 3,7 Prozentpunkten entspricht. 19,1 Prozent der Umfrageteilnehmer erwarten einen höheren und 11,1 Prozent einen tieferen inländischen Personalbestand. Da die Umfrageteilnehmer, welche eine unveränderte oder höhere Beschäftigung erwarten, 69,0 Prozent des gesamten Personalbestandes darstellen, wird von einem mindestens gleichbleibenden Beschäftigungssaldo in der zweiten Hälfte 2015 ausgegangen.

Gleichbleibende Beschäftigungstendenz

Abb. 16

Erwartete Beschäftigungsentwicklung zweites Halbjahr 2015



Anmerkung:
Anzahl Antworten: 189
Anzahl Antworten ohne Aussage zur Beschäftigungsentwicklung: 1

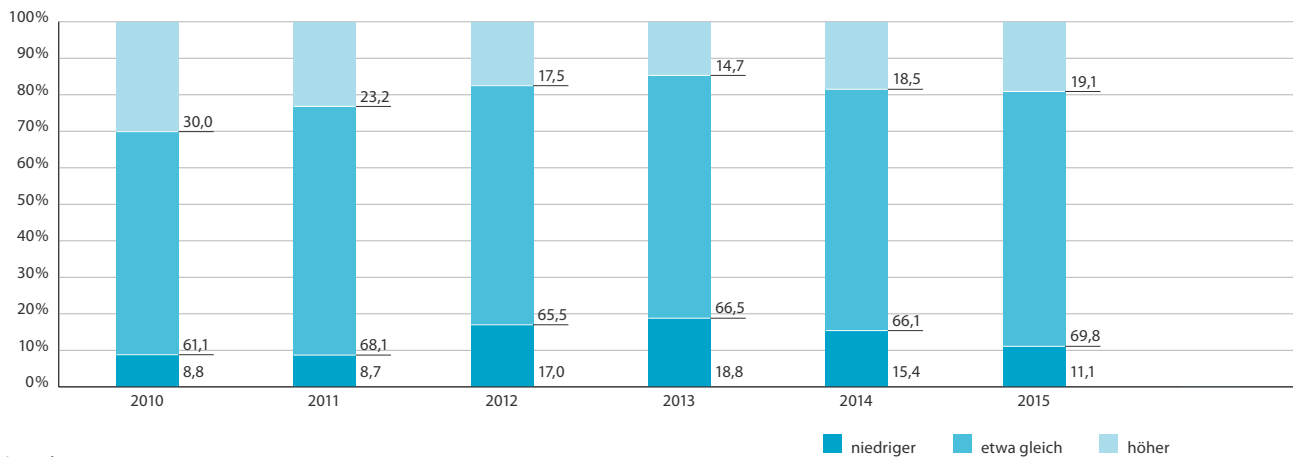
Quelle: Umfrage SBVg 2015

In den vergangenen Umfragen zur Beschäftigungsentwicklung dominierte jeweils die Kategorie «etwa gleich». Seit 2013 sinkt aber die Erwartung einer tieferen Beschäftigung, während diejenige einer höheren Beschäftigung leicht zunimmt.

Abnehmende Erwartung niedriger Beschäftigung

Abb. 17

Umfrageergebnisse zur Beschäftigungserwartung für das zweite Halbjahr 2015



Anmerkung:
Anteile in Prozent aller beantwortenden Umfragen zur Beschäftigungsentwicklung im zweiten Halbjahr.

Quelle: Umfrage SBVg 2015

Die Unterschiede zwischen den Erwartungen zur Beschäftigungsentwicklung in den verschiedenen Geschäftsbereichen sind gering. So wird für alle Geschäftsfelder von einer gleichbleibenden Entwicklung ausgegangen. Nur im institutionellen Asset Management tendieren einige der Umfrageteilnehmer zu einer leichten Personalerhöhung. Die leicht negative Tendenz im Private Banking und im Handelsgeschäft vom Vorjahr hat sich wieder relativiert. Die

Gleichbleibende Beschäftigung in fast allen Geschäftsbereichen

ertragsmässig positive Geschäftsentwicklung in der jüngsten Zeit und die gesunkenen Unsicherheiten (beispielsweise die Einigung im US-Steuerstreit und der beschlossene AIA mit dem Ausland) dürften diese Einschätzung geprägt haben.

Abb. 18

Tendenz der Beschäftigung im zweiten Halbjahr 2015

Total	Retail Banking	Private Banking	Institutionelles Asset Management	Handelsgeschäft	Logistik und Operations («Backoffice»)
→	→	→	→ ↗	→	→

Anmerkung:

Je nach Geschäftsfeld beträgt die Anzahl Antworten zwischen 97 und 116. Beim Total sind es 189 (eine Bank hat keine Aussage zur Beschäftigungsentwicklung gemacht). Da der Rücklauf für das «Total» weitaus höher liegt als bei den einzelnen Geschäftsfeldern, ist die Aussagekraft für «Total» am stärksten. Die Tendenzen ergeben sich aus den mit der Beschäftigung per Juni 2015 gewichteten Antworten.

Quelle: Umfrage SBVg 2015

Im ersten Halbjahr 2015 hat sich die Arbeitslosenrate im Bankensektor leicht von 2,4 Prozent im Dezember 2014 auf 2,3 Prozent im Juni 2015 reduziert. Die Arbeitslosenquote der Gesamtwirtschaft lag bei 3,1 Prozent im Juni 2015.

Reduzierte Arbeitslosenrate im Bankensektor

Insbesondere die Anpassung der Geschäftsmodelle an die Erfordernisse des digitalen Bankengeschäfts sowie die gestiegenen Compliance-Anforderungen haben die Nachfrage nach qualifiziertem Personal im ersten Halbjahr 2015 belebt. Hochschulabsolventen sind beispielsweise besonders gesucht, um neue Geschäftsideen im Fintech-Bereich zu generieren. Per Ende Juni 2015 hatten die hiesigen Banken insgesamt 1'784 Stellen online ausgeschrieben. Gegenüber dem 1. Quartal 2015 entspricht dies einer Zunahme von 20,4 Prozent. Zwar dominieren die Grossbanken mit 918 offenen Stellen, die hohe Personalnachfrage zeigt sich aber in allen Bankengruppen. Gegenüber Juni 2014 haben die Banken insgesamt 23,8 Prozent mehr Stellen ausgeschrieben. Insbesondere Privat- (+36,6%), Kantonal- (+17,3%) sowie Regional- und Retailbanken (+11,6%) haben mehr Stellen ausgeschrieben, während Auslandbanken ihre offenen Stellen reduzierten (-21,9%).¹⁶

Viele Stellenausschreibungen im ersten Halbjahr 2015

Vereinbarungsbeschluss zur Arbeitszeiterfassung

Die Handhabung der Arbeitszeiterfassung und die Diskrepanz zu den gesetzlichen Vorgaben beschäftigen die Sozialpartner der Bankbranche seit vielen Jahren. Basierend auf dem Verordnungsentwurf des Bundesrats zur Arbeitszeiterfassung haben die Sozialpartner (der Arbeitgeberverband der Banken in der Schweiz, der Schweizerische Bankpersonalverband und der Kaufmännische Verband Schweiz) im Juni 2015 eine Vereinbarung getroffen. Die Vereinbarung soll eine den Eigenheiten der Branche entsprechende Lösung zur zeitgemässen Arbeitszeitgestaltung ermöglichen. Der Verordnungsentwurf sieht die Verzichtsmöglichkeit auf die Arbeitszeiterfassung für Angestellte mit einem Jahreseinkommen ab CHF 120'000 und mit grosser Zeitautonomie sowie die erleichterte Arbeitszeiterfassung für Angestellte unterhalb dieser Lohngrenze mit einer gewissen Zeitautonomie vor. Ein Inkrafttreten der neuen Verordnung ist für Oktober 2015 denkbar.

¹⁶ Finews-JobDirectory-Index (2015).

6 Spezialthema: Kapitalmarkt

6.1 Kapitalmarkt Schweiz: Fakten und Zahlen

Im Nachgang zur Finanzkrise haben die Banken infolge schärferer Regulierungen und daraus folgenden Bilanzverkürzungen in verschiedenen Ländern ihre Kreditvergabe gedrosselt. Die Krise hat gezeigt, dass sich der Kapitalmarkt und der Kreditmarkt ergänzen müssen, um jederzeit günstige Finanzierungen gewährleisten und so das Wirtschaftswachstum fördern zu können. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Kapitalmarkt- und Kreditfinanzierungen trägt insgesamt zur Finanzstabilität bei. Bislang ist der Kapitalmarkt in der Schweiz wie auch in der EU jedoch relativ unbedeutend, insbesondere für die Finanzierung kleinerer und mittlerer Firmen. Anstrengungen zur Stärkung der hiesigen Kapitalmärkte sind deshalb im Interesse der Volkswirtschaft.

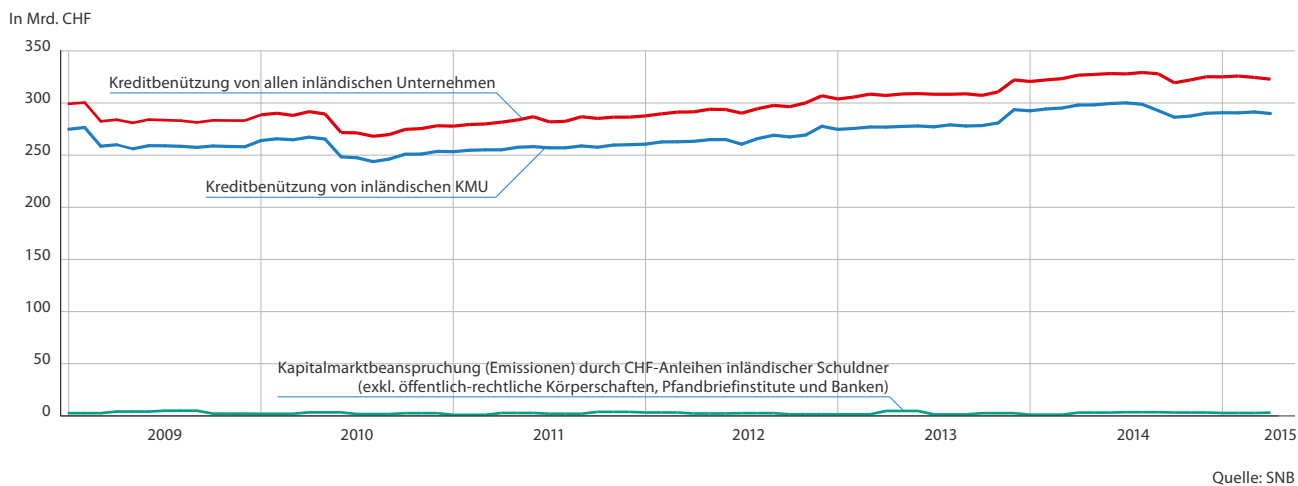
Ergänzung von Kapital- und Kreditmarkt

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind für die Schweizer Volkswirtschaft von zentraler Bedeutung. Sie bilden 99,8 Prozent aller Schweizer Unternehmen und bieten über zwei Drittel aller Arbeitsplätze an. Gemeinsam ist den meisten Schweizer KMU ihre Finanzierungsform. Bankkredite stellen die üblichste Form der Fremdkapitalversorgung dar. Im Jahr 2014 beanspruchten Schweizer Firmen rund CHF 323 Mrd. Kredite, wovon CHF 290 Mrd. auf KMU entfielen. Die Kapitalmarktbeanspruchung durch inländische Unternehmen betrug im selben Zeitraum dagegen lediglich rund CHF 11 Mrd.

KMU als Rückgrat der Schweizer Wirtschaft

Abb. 19

Kredit- und Kapitalmarktbeanspruchung



Das Abstützen auf die Kreditfinanzierung hat historische Gründe. Bereits im 19. Jahrhundert hat Alfred Escher die Schweizerische Kreditanstalt gegründet, um den grossen Kapitalbedarf der Eisenbahnunternehmen zu decken und die Abhängigkeit von ausländischen Kapitalgebern zu reduzieren. Das hauptsächlich bankenorientierte Kreditfinanzierungssystem in der Schweiz hat seither Bestand. Kapitalmärkte indessen haben sich als Finanzierungsform für mittelgrosse Firmen weniger etabliert. Auch liefert das Kapitalmarktgeschäft als Geschäftsfeld einen relativ kleinen Beitrag zu den Gesamterträgen der Schweizer Banken.

Historisch gewachsene Kreditfinanzierung

Trotz der prominenten Bedeutung des Schweizer Finanzplatzes, der starken Vernetzung und Wissensbasis sowie einer guten Handelsinfrastruktur hat sich der hiesige Kapitalmarkt im internationalen Vergleich bis heute wenig dynamisch entwickelt. Zwischen 1993 und 2003 erhöhte sich das Volumen der auf dem Schweizer Kapitalmarkt ausstehenden Schuldpapiere um rund 2 Prozent und zwischen 2003 und 2013 um 3,4 Prozent pro Jahr. Dagegen stiegen die ausstehenden im Ausland ausgegebenen Anleihen von Schweizer Firmen durchschnittlich 22,4 Prozent zwischen 1993 und 2003 und 9,4 Prozent zwischen 2003 und 2013.

Wenig dynamischer Kapitalmarkt

Aktivitäten auf dem Kapitalmarkt, insbesondere Erstemissionen, sind stark von der Konjunktur abhängig und die Erträge entsprechend fluktuierend. So gingen die Bruttoerträge aus dem Investment Banking 2011 um 3,7 Prozent auf CHF 1,2 Mrd. zurück, bevor sie 2012 um 88,5 Prozent auf CHF 2,3 Mrd. stiegen und 2013 wiederum um 61,0 Prozent auf CHF 0,9 Mrd. abnahmen.

Starke Konjunkturabhängigkeit des Kapitalmarktes

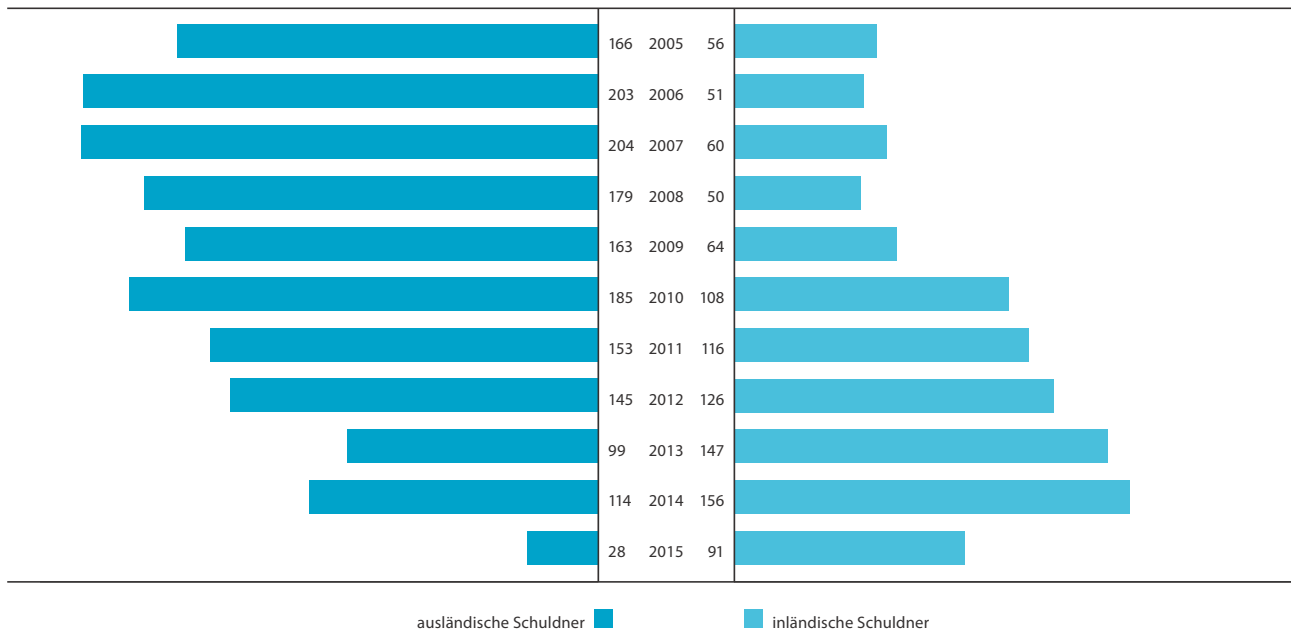
Gegenwärtig nutzen viele Schweizer Unternehmen das anhaltende Tiefzinsniveau, um sich günstig zu refinanzieren. Zudem gibt es seit einigen Jahren oft einen Nachfrageüberschuss bei neuen Platzierungen am Primärmarkt, was sich günstig auf die Finanzierungskosten auswirkt. Ein Grund für das relativ knappe Angebot sind die für ausländische Emittenten unattraktiven Rahmenbedingungen. Seit 2009 sinkt der Anteil ausländischer Schuldner. Insgesamt ist die Tendenz des Emissionsvolumens in der Schweiz sinkend.

Emittenten bestimmen den Kapitalmarkt

Abb.20

Emissionen nach Emittenten

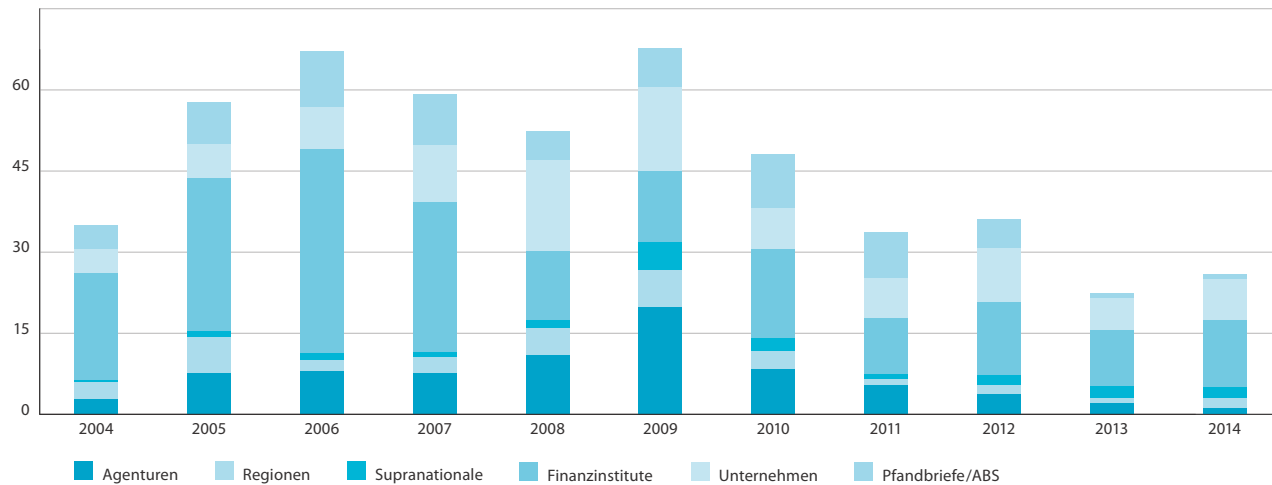
In Anzahl Neukotierungen



Quelle: Finanz und Wirtschaft

Ausländische Frankenschuldner

In Mrd. CHF



Quelle: Finanz und Wirtschaft

Dem Investor auf dem Schweizer Kapitalmarkt fehlt somit teilweise die Möglichkeit zur Diversifikation. Einer der Hauptgründe für den Rückgang von Emissionen ausländischer Schuldner sind die seit längerem steigenden Kosten für Währungsabsicherungen. Ausländische Emittenten tauschen den Zinsdienst ihrer Obligationsemissionen in Schweizer Franken über Banken in Fremdwährung. Diese Währungsswaps haben sich seit 2009 in einem Masse verteuert, das die Vorteile der tieferen Zinsen oft übersteuert. Dadurch hat der Schweizer Markt für ausländische Schuldner an Attraktivität verloren.

Mangelnde
Diversifikationsmöglichkeit
auf dem Kapitalmarkt

Der Markt wird von inländischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und privatwirtschaftlichen Unternehmen dominiert, wobei Pfandbriefe und Staatsanleihen der Eidgenossenschaft den grössten Teil des Inlands-segments ausmachen. Risikoreichere Anleihen des Non-Investment-Grades von weniger als «BBB» machen nur einen kleinen Anteil am hiesigen Markt aus. Einige institutionelle Investoren sind ausserdem dadurch eingeschränkt, dass Anleihen von Emittenten wegfallen, die über kein offizielles Rating der internationalen Agenturen S&P, Moody's oder Fitch verfügen, da ihre Anlagerichtlinien nur Papiere mit Rating einer international anerkannten Ratinginstitution erlauben. Für Schweizer KMU ist der Aufwand für diese Ratings zu hoch.

Papiere der Eidgenossen-
schaft und Pfandbrief-
institute dominieren den
Kapitalmarkt

6.2 Nötige Rahmenbedingungen zur Förderung des Kapitalmarktgeschäfts

Volkswirtschaftliche Gründe können für die schleppende Entwicklung des Schweizer Kapitalmarktes ausgeschlossen werden. Somit muss eine Stimulierung des Geschäfts bei den Rahmenbedingungen ansetzen. Diese sind so auszugestalten, dass das Auftreten auf dem Schweizer Kapitalmarkt mit kleinerem Aufwand bzw. höherer Rendite möglich ist. Die grössere Nachfrage führt in der Folge zu einer günstigeren Finanzierung, wovon der Werkplatz profitiert.

Folgende Massnahmen würden den Kapitalmarkt Schweiz stärken:

- **Abschaffung der Verrechnungssteuer**

Die heute auf dem Schuldnerprinzip basierende Verrechnungssteuer verlangt von einem Unternehmen (Schuldner), welches eine Anleihe ausgibt, die Verrechnungssteuer direkt der Steuerverwaltung und dem Investor nur den Nettoertrag zu überweisen. Die anfallende Verrechnungssteuer kann von ausländischen Anlegern nur mit administrativem Aufwand und nur anteilsweise zurückgefordert werden. Für ausländische Anleger ist deshalb der Schweizerische Kapitalmarkt nicht interessant, was sich investitionshemmend auswirkt. Aus dem gleichen Grund wickeln Schweizer Konzerne ihre Finanzierungen unter Inkaufnahme von Mehrkosten häufig über ausländische Tochtergesellschaften ab. Zinserträge von Auslandsanleihen eines Schweizer Konzerns, die nicht als schweizerische Anleihen gelten, unterliegen nicht der Verrechnungssteuer. Damit werden solche von Schweizer Unternehmen im Ausland ausgegebene Anleihen attraktiver für die Anleger. Aus volkswirtschaftlicher Sicht wird damit aber unnötigerweise Wertschöpfung ins Ausland verlagert.

- **Einführung des Zahlstellenprinzips**

Das von der Expertengruppe Brunetti zur Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie geforderte Zahlstellenprinzip würde die Attraktivität des Schweizer Kapitalmarkts markant erhöhen. Für ausländische Anleger würde unter dem Zahlstellenprinzip die Erhebung einer Quellensteuer auf Zinsen entfallen. Die geplante Reform der Verrechnungssteuer wurde vom Bundesrat nach der Vernehmlassung vertagt, damit die Einführung des internationalen AIA sowie die Diskussion über die Verankerung des inländischen Bankgeheimnisses in der Verfassung (Matter-Initiative) abgewartet werden kann.

Die SBVg unterstützt grundsätzlich einen Systemwechsel bei der Verrechnungssteuer. Wichtig ist, dass bei der Einführung eines Zahlstellenprinzips gewisse Rahmenbedingungen für die Banken eingehalten werden, insbesondere dass die Haftungsrisiken für die Zahlstellen begrenzt und die Zahlstellen für ihre Funktion und ihren Aufwand angemessen entschädigt werden.¹⁷

- **Testfall Cocos**

Die aktuelle Regelung der Verrechnungssteuer ohne die zur Zeit geltende limitierte Ausnahme hätte beispielsweise auch erschwert, dass systemrelevante Banken Contingent Convertibles Bonds (Cocos), das heisst Anleihen, die in Notfällen zu Eigenkapital umgewandelt werden können, in der Schweiz emittieren. Um die Finanzstabilität des Systems zu erhöhen, wurde aber am 1. Januar 2013 die Ausgabe von Cocos sowie von Write-off Bonds¹⁸ systemrelevanter Banken von dieser Regelung bis Ende 2016 befristet ausgenommen. Aufgrund der Vertagung der Einführung des Zahlstellenprinzips soll diese Ausnahmeregelung nun zeitlich verlängert und auf Bail-in Bonds¹⁹ erweitert werden. Das Eidgenössische Finanzdepartement wurde beauftragt, bis September 2015 eine entsprechende Botschaft auszuarbeiten.

Eine nachhaltige Lösung sowohl für die Cocos als auch für die anderen Bail-in Instrumente ist wichtig für den Schweizer Finanzplatz und hätte positive volkswirtschaftliche Auswirkungen.

- **Abschaffung der Emissionsabgabe**

Auch die Emissionsabgabe auf Eigenkapital bestraft Schweizer Unternehmen, die ihr Eigenkapital stärken und damit investieren und Arbeitsplätze schaffen wollen. Aufgrund verringerter Attraktivität des Kapitalmarkts für Investoren müssen die Unternehmen Prämien für die Finanzierung in Kauf nehmen.

¹⁷ SBVg (2015).

¹⁸ Anleihen, die bei Eintritt eines bestimmten Ereignisses abgeschrieben werden.

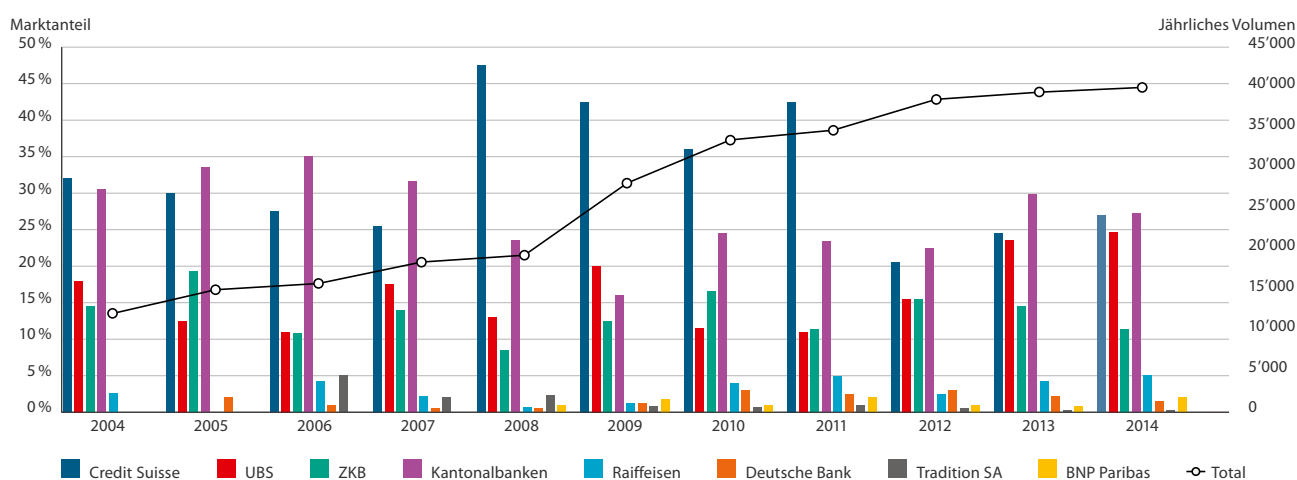
¹⁹ Anleiheobligationen, welche von der FINMA im Zeitpunkt der Emission als in Erfüllung regulatorischer Anforderungen emittierte Verpflichtungen genehmigt wurden und bei Insolvenz gewandelt oder reduziert werden können.

Die Aufhebung der Abgabe würde sich deshalb sowohl positiv auf Gesellschaften auswirken, die neues Eigenkapital ausgeben wollen, als auch den Kapitalmarkt sowie die Gesamtwirtschaft insgesamt stärken. Die Aufhebung der Emissionsabgabe auf Fremdkapital sowie die zu erwartenden Kreditzinsanstiege durch stringenteren Kapitalanforderungen von TBTF-Banken dürften den Trend zu vermehrten Kapitalmarktfinanzierungen unterstützen. Dieser Wachstumstrend bei den Anleihenemissionen auf dem Schweizer Kapitalmarkt ist allerdings auf tiefem Niveau (siehe Abb. 22). Bei den Emissionen 2014 im Umfang von CHF 40 Mrd. führten drei Banken (UBS, Credit Suisse, Zürcher Kantonalbank) 60,0 Prozent der inländischen Transaktionen durch, während 30,0 Prozent von anderen Kantonalbanken und weitere 5,0 Prozent durch Raiffeisenbanken abgewickelt wurden.

Abb. 22

Inländische Kapitalmarkttransaktionen

Wichtigste Hauptzeichner und jährliches Volumen in Mio. CHF



Quelle: Swiss Finance Institute

• Anerkennung von Bankenratings

Das Emissionsvolumen von KMU macht heute nur einen kleinen Teil am Schweizer Kapitalmarkt aus. Insbesondere Erstemissionen stellen einen erheblichen Aufwand für den Schuldner dar (z.B. Prospekterstellung, Einhaltung von Rechnungslegungsvorschriften, Roadshow etc.), obwohl sich dieser in erhöhter Publizität und Unabhängigkeit von Bankkrediten sowie je nach Marktverhältnissen attraktiven Konditionen auszahlen kann.

Institutionelle Anleger beschränken sich oft auf Anlagen mit Ratings. Kann ein Schuldner kein solches vorweisen, steigt seine zu entrichtende Risikoprämie häufig derart, dass eine Kapitalmarktfinanzierung unattraktiv erscheint. Da KMU aus Kapazitäts- und Kostengründen oft nicht auf von der FINMA anerkannte internationale Ratingagenturen zurückgreifen können, erstellen spezialisierte Credit Research Teams von Banken zuhanden der Emittenten und Investoren in der Schweiz kostenlose Ratings, welche bislang äquivalent zu den Agenturratings verwendet wurden. In 2014 wurden 34 von 46 durch Schweizer Unternehmen (Corporates und Versorger) begebene Anleihen ohne Rating einer internationalen durch die FINMA anerkannten Ratingagentur und damit überwiegend auf Basis von Bankenratings emittiert. Die FINMA erwägt nun für Anleihen, welche nicht von anerkannten Ratingfirmen bewertet wurden, bei gewissen von ihr beaufsichtigten institutionellen Anlegern zusätzliche Auflagen zu schaffen. Es besteht die Gefahr, dass Bankenratings damit an Bedeutung verlieren. Die Attraktivität der Kapitalmarktfinanzierung für KMU würde damit gesenkt.

Ein Ausbau des Kapitalmarktgeschäfts und die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen durch Einbezug der oben genannten Punkte wird den Finanzplatz Schweiz als auch die Volkswirtschaft insgesamt stärken. Eine weitere Massnahme zur Attraktivitätssteigerung des Kapitalmarkts Schweiz ist aktuell die Schaffung eines Hubs zum Handel mit der chinesischen Währung Renminbi. Die hiesige qualitativ hochstehende Finanzmarktinfrastruktur, die breite Palette an Finanzdienstleistungen, das zuverlässige Rechtssystem und gute regulatorische Strukturen bieten günstige Voraussetzungen für das Renminbi-Geschäft. Durch geeignete Massnahmen (bspw. durch die Unterstützung der Behörden im bilateralen Dialog mit China und in Bezug auf regulatorische Fragen) dürften chinesische Unternehmen leichter Zugang zum Schweizer Kapitalmarkt erhalten und dem Finanzplatz einen höheren Marktanteil im Emissionsgeschäft verschaffen.

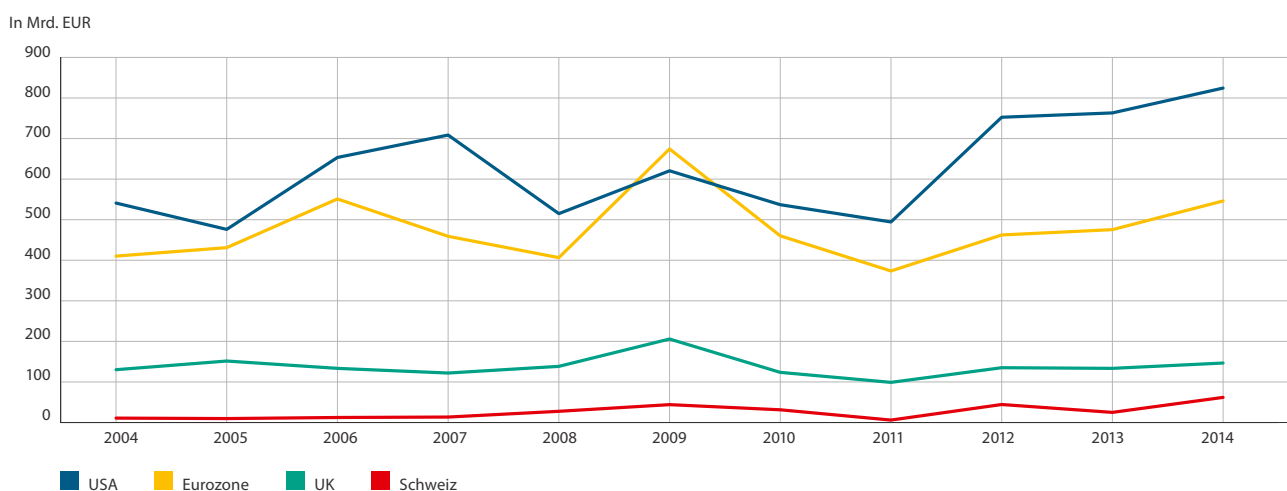
6.3 Kapitalmarkt Europa

Wie in der Schweiz finanzieren sich Unternehmen in der EU primär über Bankkredite. Gemäss Daten der Europäischen Zentralbank (EZB) finanzieren sich 81,0 Prozent der Firmen über Bankkredite und nur 19,0 Prozent über den Kapitalmarkt. Andernorts haben nicht nur grosse, sondern auch mittlere und kleine Unternehmen einen leichteren Zugang zu Kapitalmärkten, zum Teil aufgrund schwächerer Regulierungsbestimmungen (z.B. Prospektvorschriften), zum Teil aber auch aufgrund ihrer grösseren Bereitschaft, Unternehmensinformationen offen zu legen. So ist beispielsweise der einheitliche US-Kapitalmarkt grösser, liquider und effizienter als die vergleichsweise kleinen, nationalen Märkte in der EU. Neue Unternehmensanleihen stellen in den USA rund einen Viertel aller Schulden dar, verglichen mit einem Achtel in der EU, und die Kapitalisierung der US-Aktienmärkte beträgt 92,0 Prozent des BIPs, jedoch nur 42,0 Prozent in der EU.

Firmen in den USA haben leichter Zugang zu Kapital als in Europa

Abb. 23

Emissionen von Unternehmensanleihen (inkl. Finanzinstitutionen)



Quelle: Swiss Finance Council

Das wirtschaftliche Umfeld und die anhaltenden Bankenregulierungen zusammen mit der Drosselung der Bankkreditvergaben seit der Finanzkrise begünstigen die Kapitalmärkte. Daten der EZB zeigen, dass zwischen 2009 und 2013 das Volumen der Bankkredite gemessen am europäischen BIP um 7,4 Prozent sank und dasjenige der Kapitalmarktfinanzierungen um 2,4 Prozent stieg. Gleichzeitig wurden bei der Emission von hochverzinslichen Unternehmensanleihen 2013

Regulierungen beeinträchtigen Kreditvergabe

Höchstwerte verzeichnet. Nebst der Emission von Schuldtiteln finden auch andere Formen der Finanzierung vermehrt Zuspruch, so zum Beispiel Kredite von Nicht-Banken (Schattenbanken) wie Versicherungen und Pensionskassen. In Zukunft ist mit einer weiteren Diversifikation der Finanzierungsquellen von Unternehmen zu rechnen.

Nationale Unterschiede im Vertragsrecht, Insolvenzrecht, im Steuersystem sowie in den Verbraucherschutz-, Zahlungs- und Wertpapierabwicklungssystemen sind Faktoren, die heute noch einem EU-weiten Kapitalbeziehungsweise Finanzmarkt im Wege stehen. Mit der Schaffung eines funktionierenden, europaweiten Kapitalmarktes (Capital Market Union), wie ihn die Europäische Kommission beabsichtigt (siehe Box), sollen Voraussetzungen geschaffen, beziehungsweise nationale Barrieren beseitigt werden. Ein EU-weit integrierter Kapitalmarkt bietet ein sehr hohes Potenzial, wie mit Blick auf die USA deutlich wird.

Lokale Rechtsunterschiede hemmen europäischen Kapitalmarkt

Durch ihre Auslandsdirektinvestitionen und ihr Know-how können wichtige Nicht-EU-Finanzplätze wie die Schweiz einen bedeutenden Beitrag zum Gelingen der Kapitalmarktunion beitragen. Dazu muss die EU günstige Voraussetzungen schaffen, damit Kapital nicht nur innerhalb der EU mobilisiert werden kann, sondern darüber hinaus auch aus dem Rest der Welt.

Äquivalenzprinzip von zentraler Bedeutung

Dazu wäre es aus Schweizerischer Sicht auch sinnvoll, einen verlässlichen, institutionalisierten Rahmen zu schaffen, in welchem die EU-Äquivalenz von Gesetzesbestimmungen in Drittstaaten geprüft und anerkannt wird. Das Äquivalenzkonzept der EU gewährleistet bei grenzüberschreitenden Transaktionen von Anbietern ausserhalb der EU zu Kunden im EU-Raum, dass EU-Bürger einen der EU vergleichbaren (nicht identischen) Schutz geniessen, ohne dass dabei von Drittstaaten die exakte und vollständige Einhaltung sämtlicher EU-Gesetze und Auflagen abverlangt wird. Dies geschieht dadurch, dass EU-Richtlinien sogenannte Drittlandbestimmungen enthalten. Dabei kann die EU prüfen und gegebenenfalls anerkennen, dass die Drittlandbestimmungen in spezifischen Regulierungen durch die Rechtssysteme in Drittstaaten äquivalent umgesetzt worden sind. EU-Drittlandbestimmungen erfordern nicht die Übernahme des gesamten jeweiligen EU-Rechtsakts, sondern nur die Erfüllung von gewissen Anforderungen, damit klar umrissene Erleichterungen im grenzüberschreitenden Verkehr gewährt sind.

Es ist im Interesse der EU und der Partnerländer, dass solche Äquivalenzassessments vorhersehbar sind, zügig vorankommen und nach einem strukturierten Prozess ablaufen.

Europäische Kapitalmarktunion

Seit der Eröffnung des Binnenmarkts im Jahr 1992 hat die Europäische Union (EU) bezüglich Finanzmarktintegration erhebliche Fortschritte gemacht. Der letzte Schritt war dabei die Schaffung der Europäischen Bankenunion. Ein nächster wichtiger Schritt ist die Bildung einer Kapitalmarktunion.

Mit der Kapitalmarktunion ist eine Vertiefung der Kapitalmärkte in den EU-Mitgliedstaaten geplant. Die Kapitalmarktunion soll den freien Kapitalverkehr, eine der vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes, vertiefen und erweitern, da die bisher erzielten Fortschritte nach wie vor fragmentiert und überwiegend national ausgerichtet sind. Das Ziel ist die Erschliessung neuer Finanzierungsquellen und die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit Europas gegenüber externen Schocks. Im Februar 2015 hat die EU-Kommission das Grünbuch zur Kapitalmarktunion vorgelegt. Das Projekt baut auf folgenden Prinzipien auf:

- Konsistent implementiertes Regelwerk für Finanzdienstleistungen zur Gewährleistung finanzieller Stabilität
- Bildung eines Binnenmarktes für Kapital durch Beseitigung grenzübergreifender Investitionsbarrieren
- Wirksamer Konsumenten- und Investorenschutz
- Attraktivitätssteigerung globaler Investitionen und Erweiterung europäischer Wettbewerbsfähigkeit
- Maximierung des Nutzens von Kapitalmärkten für Wachstum und Arbeitsplätze.

Die Europäische Kommission hat fünf Massnahmen für eine frühzeitige Umsetzung dieser Prinzipien priorisiert:

- Abbau der Schranken für den Zugang zu den Kapitalmärkten durch überarbeitete Prospektrichtlinie
- Verbreiterung der Anlegerbasis durch Kreditinformationen und -verfügbarkeit für KMU
- Schaffung eines Marktes für nachhaltige Verbriefungen
- Förderung langfristiger Investitionen
- Entwicklung europäischer Märkte für Privatplatzierungen.

7 Literaturverzeichnis

BAK Basel Economics (BAKBASEL)

«Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Schweizer Finanzsektors», Studie im Auftrag der Schweizerischen Bankiervereinigung SBVg und des Schweizerischen Versicherungsverbands SVV, Oktober 2014

Bundesamt für Statistik (BFS)

«Beschäftigungsstatistik (BESTA) - Schwierigkeiten bei der Rekrutierung», 1. Quartal 2015
«Geodaten der Bundesstatistik (GEOSTAT) », 2014

Europäische Kommission

«Grünbuch: Schaffung einer Kapitalmarktunion», Februar 2015

Expertengruppe zur Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie

«Schlussbericht», Dezember 2014

Finanz und Wirtschaft

«Währungsabsicherung hält Auslandemittenten fern», Juni 2015

Swiss Finance Institute (SFI)

«White Paper: The Future of Investment Banking», April 2015

Finews

«Finews-JobDirectory-Index», Juni 2015

Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg)

«Richtlinien betreffend Mindestanforderungen bei Hypothekarfinanzierungen», Juli 2014

Schweizerische Nationalbank (SNB)

«Die Banken in der Schweiz», Juni 2014

«Statistisches Monatsheft», Juli 2015

«Bankenstatistisches Monatsheft», Juli 2015

Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

«Die Lage auf dem Arbeitsmarkt», Ausgaben Januar–Dezember 2014

Swiss Finance Council

«The EU and its Partners: Defending Open Markets in Challenging Times», 2015

The Boston Consulting Group (BCG)

«Global Wealth 2014: Winning the growth game», Juni 2015

Z/Yen Group Limited

«The Global Financial Centres Index (GFCI) 17», März 2015

• Schweizerische Bankiervereinigung

Aeschenplatz 7

Postfach 4182

CH-4002 Basel

T +41 61 295 93 93

F +41 61 272 53 82

office@sba.ch

www.swissbanking.org

twitter.com/SwissBankingSBA

www.facebook.com/SwissBanking

www.swissbanking.org/home/blog